contraste
zeitungfürselbstorganisation

401 | 35. JAHRGANG | FEBRUAR 2018 | 4'50 EUR | www.contraste.org

NACHRICHTEN Aktivist*innen kämpfen gegen den Bau eines Skigebiets in der Ukraine. 3

PROJEKTE Der Verein »Leben in Gemeinschaft« in der südsteirischen Gemeinde Fehring stellt sich vor. Sie sind 33 Erwachsene und 23 Kinder. 4

BEWEGUNG Die Genossenschaft WECHANGE betreibt die gleichnamige Online-Vernetzungs- und Kollaborationsplattform. 7

BIOTONNE Im Hambacher Forst geht der vielfältige Widerstand gegen die Rodung des Waldes weiter. 13

KUNST & KULTUR Koordinatorin Christa Morgenrath berichtet über das Bildungs- und Literaturprojekt »Stimmen Afrikas«. 14

SCHWERPUNKT ZERSTÖRERISCHE GROSSPROJEKTE

▲ Die lustigen Kartoffeln haben den Elefanten besiegt: Phantasievolle Protestaktion der ZADisten gegen das unnütze Großprojekt des Flughafens in Notre-Dame-des-Landes. Foto: Laurent Lebot

Kreativ und lebendig gegen unnütze Elefanten

Mitte Januar jubelten die ZADisten in der Nähe von Nantes, denn der französische Präsident erklärte, dass das umstrittene Flughafenprojekt in Notre-Dame-des-Landes nicht gebaut werde. Gegner_innen von anderen unnützen und aufgezwungenen Großprojekten in Stuttgart, Wien, San Sebastian und am Fehmarnbelt kämpfen jedoch weiter. – Eine internationale Vernetzung versucht, die Mechanismen und (Profit-)interessen hinter den Projekten deutlich zu machen.

PETER STREIFF, STUTTGART

Am 17. Januar war die Freude groß bei den Flughafengegner_innen in der Nähe der französischen Stadt Nantes in der Süd-Bretagne: Die Ankündigung des französischen Präsidenten Macron, das Flughafenprojekt aufzugeben, feierten sie als »historischen Sieg gegen ein destruktives Entwicklungsprojekt«. Doch mit dem aktuellen Entscheid ist zwar das zerstörerische Großprojekt vom Tisch, da die Kapazität des bestehenden Flughafens von Nantes inzwischen auch offiziell als ausreichend bezeichnet wurde, die Zukunft der Besetzer_innen bleibt jedoch ungewiss.

Daher fordern die Bäuer_innen und die Bewohner_innen der »zone à défendre« (ZAD, der Gegend, die es zu verteidigen gilt), dass die nun anstehende »institutionelle Umverteilung von Land eingefroren« wird, damit genügend Zeit bleibt, gemeinsam »den Aufbau der Zukunft der ZAD« zu regeln. Denn: »In Zukunft soll dieses Gebiet ein Bereich für soziale, ökologische und landwirtschaftliche Experimente bleiben können.«

Zerstörerische Großprojekte und kreativer, entschiedener Widerstand dagegen gibt es nicht nur in Nantes. Seit dem Jahr 2011 tauschen Aktivist_innen aus verschiedenen Ländern ihre Erfahrungen aus und unterstützen sich gegenseitig darin, die hohlen Versprechungen von Projektbetreibern zu entlarven, die intransparente Zusammenarbeit von Lobby-Vertreter_innen und Politiker_innen zu durchleuchten und aufgezwungene Umweltzerstörungen zu stoppen. Um die Merkmale der unnützen und aufgezwungenen Großprojekte bewusst zu machen, haben die Aktivist_innen einen weißen Elefanten als Zeichen gewählt, der symbolisch für eine Sache steht, die anfangs vermeintlich preiswert zu bekommen sei und später enorme Folgekosten produziert.

Am Schwerpunkt dieser Contraste-Ausgabe haben maßgeblich die Aktivist_innen des Stuttgarter »Arbeitskreis S21 ist überall« mitgearbeitet. Ein erster Beitrag fasst daher einige Reden der 400. Montagsdemo gegen das Korruptionsprojekt am Stuttgarter Hauptbahnhof zusammen. Außerdem werden am Beispiel einiger türkischen Bauprojekte die Parallelen zu den »steingewordenen Machtdemonstrationen« des türkischen Präsidenten aufgezeigt. Ein Brief aus dem Baskenland erzählt vom Widerstand gegen das Projekt einer Metrostation direkt unter dem zentralen Badestrand von Donostia/San Sebastian. An der norddeutschen Ostseeküste kämpfen die Beltretter gegen die völlig überdimensionierte Untertunnelung des Fehmarnbelts und im elsässischen Straßburg haben die Asterix-ähnlichen Waldgeister bisher den Baubeginn einer umweltschädlichen Autobahntrasse verhindert. Zum Abschluss schlägt die Autorin aus Wien den Bogen zur Klimadebatte, die – wenn die Pariser Beschlüsse von den Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik ernst genommen würden – alleine schon zum Ende aller zerstörerischen Großprojekte führen müsste.

Schwerpunkt: Seite 9 bis 12

Infos: https://stuttgart21ueberall.wordpress.com/

FORTSETZUNG DES GERICHTSPROZESSES IN UNGARN GEGEN AHMED H.

Von der Justiz zum Terroristen gestempelt

Seit dem 8. Januar 2018 wird der Fall von Ahmed H. im Amtsgericht der südungarischen Stadt Szeged in der Revisionsrunde wieder aufgenommen. Bereits 2016 wurde er wegen der Proteste am serbisch-ungarischen Grenzübergang Röszke im September 2015 wegen »Terrorismus« zu zehn Jahren Haft verurteilt.

TINA WEISS, SZEGED

An den aktuellen Prozesstagen und den Befragungen zeigt sich, dass dieses Verfahren kein faires und ergebnisoffenes Verfahren ist. Der Grundstimmung gegen Ahmed H. seitens des Gerichts ist in den Befragungen und Beweisaufnahmen voreingenommen und feindlich. Richter und Ankläger versuchten unaufhörlich aus einzelnen Momentaufnahmen, Verhaltensweisen oder Aussagen, hauptsächlich aus Videomaterial, zusammenbasteln, bis daraus das Bild eines Terroristen gezeichnet werden kann. Außerdem ist der politische Druck auf das Gericht groß, ihn erneut als »Terroristen« zu verurteilen. Am ersten Prozesstag wurde von der ungarischen Regierung eine Facebook-Seite online gestellt, ihr Titel: »Ahmed H. ist ein Terrorist«.

Ahmed hingegen betont die Polizei nicht bedroht zu haben, sondern versucht hat als Kommunikationsperson zu agieren. Er habe die Polizei gebeten, die Menge wegen der vielen Kinder und kranken Menschen passieren zu lassen. Die Aussagen von Polizist*innen, die vorgelesen werden, die am 16. September 2015 am serbisch-ungarischen Grenzübergang Röszke eingesetzt waren, sind widersprüchlich. Viele hatten Ahmed nicht gesehen oder konnten zu den Vorwürfen gegen ihn keine Aussagen machen.

Wie stark politisch der Prozess aufgeladen ist, zeigte sich allein dadurch, dass die Unterstützer*innen von Ahmed monatelang nach einem Anwalt suchen mussten, der ihn verteidigen konnte. Es war nahezu unmöglich ein*e Anwält*in zu finden, die den Mut aufbringen konnte, eine Person zu verteidigen, die wegen Terrorismus angeklagt wird. Dazu noch im Kontext von Migration – in einem Staat, der seinen Bekanntheitsgrad in den letzten Jahren vor allem durch Diskriminierung Geflüchteter, diversen Strategien der Abschreckungs- und Abschottungspolitik sowie offenkundiger rassistischer Hetze bis hin zu staatlich ausgebildeten und bewaffneten »Border Hunters« erlangt hat. Der öffentliche Druck ist immens, sodass selbst das internationale »Helsinki Committee« ablehnte, Anwält*innen für Ahmed zu stellen. Schließlich wurde ein Anwalt gefunden, der unglaubliche 20.000 Euro verlangt und Ahmed im Prozess eher mäßig als gut unterstützt.

Am 15. September 2015 riegelte die ungarische Regierung den zu der Zeit hoch frequentierten serbisch-ungarischen Grenzübergang Röszke auf der Balkanroute mit einem Stacheldraht bewehrten Zaun und massiver Polizeipräsenz ab. Am Folgetag, dem 16. September 2015, kam es zu einem Protest der vielen Menschen, die ihren Weg Richtung Norden fortsetzen wollten und nun festsaßen.

Im Rahmen dieses kollektiven Widerstandes gegen die Abschottung durch den von Ungarn errichteten und von der EU-Politik unterstützten Grenzzaun wurden elf Personen von der ungarischen Polizei festgenommen und mit dem Vorwurf des »illegalen Grenzübertritts« und »Vandalismus« inhaftiert. Zehn dieser als »Röszke 11« bekannten Angeklagten wurden bereits 2016 zu ein bis drei Jahren Haft verurteilt und sind nun wieder frei. Lediglich Ahmed H., der seine Eltern über die Balkanroute begleiten wollte, jedoch selber bereits seit mehreren Jahren in Zypern lebt, sitzt seit nun mehr als zweieinhalb Jahren im Hochsicherheitstrakt eines Budapester Gefängnisses.

Weitere Prozesstage sind im März 2018 anberaumt.

Mehr Infos:
www.contraste.org (vollständiger Bericht)
www.cantevictsolidarity.noblogs.org
www.freetheroszke11.weebly.com
www.helsinki.hu/en
https://www.youtube.com/watch?time_continue=2&v=2EhHBC0qWus

ÜBER UNS

INHALTSANGABE

NACHRICHTEN SEITE 3
ERHALT DES BERGMASSIVS SVYDOVETS
WOHNPROJEKT OM 10
MELDUNGEN

PROJEKTE SEITE 4
BERLIN: NACHHALTIGKEITSLABOR
AG BERATUNG

PROJEKTE SEITE 5
VEREIN »LEBEN IN GEMEINSCHAFT«

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 6
BREMEN: VERTIKALES DORF HULSBERG

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 7
GENOSSENSCHAFTLICHE PLATTFORMEN
WECHANGE EG

DISKUSSION/THEORIE SEITE 8
AKTIVISMUS UND WISSENSCHAFT

SCHWERPUNKT SEITE 9
STUTTGART: 400 MAL WIDERSTAND
SYSTEM21 ÜBERALL

SEITE 10
NANTES: KEIN FLUGHAFEN IN
NOTRE-DAMES-DES-LANDES

SEITE 11
DONOSTIA: ZERSTÖRERISCHER METROTUNNEL
FEHMARN: UNNÖTIGES TUNNELPROJEKT

SEITE 12
WIEN: DEBATTE UM DIE DRITTE STARTBAHN
STRASSBURG: UNNÜTZES AUTOBAHNPROJEKT

BIOTONNE SEITE 13
HAMBACHER FORST

KUNST&KULTUR SEITE 14
STIMMEN AFRIKAS
DER POLITISCHE KRIMI

REZENSIONEN SEITE 15
KOMMUNE-ROMAN
HANDBUCH FÜR AWARENESS- GRUPPEN
DER TRAUM VOM ALTERNATIVEN LEBEN
KOLLABIERENDE SYSTEME VERSTEHEN
SHOULD I STAY OR SHOULD I GO?

TERMINE SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer 5 Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter: www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL

Zeichnung: Eva Sempere

400 Jahre Selbstorganisation

ULI FRANK UND BRIGITTE KRATZWALD

Der erste Blick auf die Januar-Ausgabe der Contraste fällt auf die Zahl 400, die dort stolz in goldenen Lettern prangt. Was, 400 Jahre Selbstorganisation?! Und unsere Zeitung hat mit stetigem Engagement durch all die vielen Jahre ihren Beitrag dazu geleistet, diese Idee weiter zu verbreiten!

Beamen wir uns diese 400 Jahre zurück und landen zum Beispiel in Amsterdam: Dort begann damals das Goldene Zeitalter der Niederlande, nachdem sich die Bürger in der »Republiek der Zeven Verenigde Nederlanden« von den hierarchischen Strukturen des Mittelalters befreit hatten und mit selbstorganisierter Energie als Wirtschaftssubjekte am Welthandel teilzunehmen begannen. Innerhalb kürzester Zeit bauten sie die größte Handelsflotte auf den Weltmeeren auf. Und nicht nur der Handel blühte auf und ließ es den Menschen wirtschaftlich gut gehen, sondern es entstanden in dieser goldenen Zeit durch das Prinzip Selbstorganisation mehr als zwei Millionen Kunstwerke. Die Idee, dass jeder an der Wirtschaft teilnehmen kann und als Wirtschaftssubjekt entscheidungsfähig und -berechtigt ist, war allen bisherigen Organisationsformen an Motivationskraft überlegen und verbreitete sich von hier aus über die ganze Welt. Heute ist das selbstverständlich.

Der letzte große Versuch im Osten das Prinzip der ökonomischen Freiheit durch einen Primat des Politischen zu ersetzen und Wirtschaft zentral zu planen, ging so grandios daneben, dass Francis Fukuyama schon 1992 vom »Ende der Geschichte« sprach und Margret Thatcher, Ronald Reagan und andere das neoliberale Credo »TINA« – »Es gibt keine Alternative« – kreierten. Hinter das Prinzip Selbstbestimmung will heute niemand mehr zurück und insofern sind die Contraste moderner als manche Teile der linken Bewegung, denn der emanzipatorische Grundgedanke der Selbstorganisation treibt durchaus auch die Geld- und Marktlogik an. Deshalb lohnt es sich, seine Zukunftsideen nicht einfach nur vom Kapitalismus abzugrenzen, sondern das Prinzip Selbstorganisation auch innerhalb des Systems zu erforschen. Schließlich ist es ein Kind der Neuzeit und eine historische Errungenschaft auf dem Weg in eine bessere Welt. Wir müssten es »nur« noch vom Fluch des Kapitalismus, der Geld-Logik, des Leistungsprinzips, der quantitativen Berechenbarkeit befreien, um seinem emanzipatorischen Potenzial zum Durchbruch zu verhelfen. Eine Aufgabe für die nächsten 400 Jahre Contraste?

Denn unsere Selbstorganisation meint den Paradigmenwechsel zu neuen Grundwerten: Die Diskussion über das, was wir für ein gutes Leben für alle Menschen wirklich haben möchten, wie wir das ohne Arbeitszwang und Gegenleistungen beschaffen können, und wie wir auf dieser sicheren materiellen Grundlage friedlich miteinander auskommen können, statt gegeneinander zu kämpfen. Die Selbstorganisation unter dem Gewinnmotiv hat schon die Welt revolutioniert – wie viel mehr könnte dieses Prinzip bewirken, wenn es von seinen kapitalistischen Fesseln befreit wäre.

Ach so, die Zahl 400 steht nur für die Ausgaben unserer Zeitung und nicht 400 Jahre. Okay, dann können wir auch bescheidener bleiben und weiterhin konkrete Initiativen vorstellen – aber auch 400 Ausgaben sind ein Grund ein wenig stolz zu sein!

contraste abonnieren!

Schnupperabo (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig): 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

Standard-Abo (Print oder PDF) **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich,

Kollektiv-Abo (5 Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft jährlich mindestens **70 Euro**

Fördermitgliedschaft jährlich für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mindestens **160 Euro**

EIne **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Vereins-Satzung unter: www.contraste.org/fileadmin/user_upload/Contraste-Satzung.pdf

online-Formulare: www.contraste.org/index.php?id=99

Rückfragen bitte an: abos@contraste.org

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die Contraste trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags. Wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere Leser*in mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen! Teilnehmer*innen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto jeweils mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 Euro.

Änderungen bitte an: abos@contraste.org

AKTION 2018

Krieg gegen Lösungen

Liebe Leser*innen,

gerade als ich diese Zeilen schreibe, ist der von den Weltmächten geduldete türkische Krieg gegen Afrin drei Tage alt. Afrin ist Teil des Verbundes Rojava in Nordsyrien, wo seit mehreren Jahren sehr deutlich wird, dass die Welt voller Lösungen ist. Mitten im syrischen IS-Krieg hat sich dort eine rudimentäre multiethnische Rätedemokratie durchgesetzt. Allein in Kanton Afrin sind es eine Million Menschen – die Hälfte davon Flüchtlinge – , die sich eine Alternative aufzubauen suchen ohne Diktatur und ohne Korruption. Formen direkter Demokratie und Projekte kollektiven Wirtschaftens machen sich dort breit. Dem unterdrückenden Nationalstaat soll dagegen der Garaus gemacht werden. Dies schlagen die Rojava-Revolutionär*innen für Syrien und für die ganze Welt vor. Schon mehrere Jahre konnten die Menschen dort Erfahrungen im Neuen sammeln. Gesellschaftliche Selbstverwaltung, Rätedemokratie und Commons können aber aus der Sicht des Kapitalismus nur in kleinen Nischen geduldet werden. Wo Menschen solche Alternativen regional auszuweiten suchen, ernten sie Feuer und Flamme und Tod. Wie es bei der Pariser Kommune, der russischen Oktoberrevolution, wie es im Spanischen Bürgerkrieg geschehen ist. Wie es heutzutage im zapatistischen Chiapas geschieht und aktuell in Rojava. Dagegen helfen nur die Selbstverteidigung der Milizen, der internationale Aufschrei und die internationale Solidarität.

Es stimmt, die Welt ist voller Lösungen und braucht diese bitternötig. Weswegen es auch trotz Krieg und Gewalt in der Welt richtig bleibt, dass unsere Contraste-Zeitung Monat für Monat die alternativen Projekte zum Thema macht. Steter Tropfen höhlt den Stein, heißt es. Viele, viele Tropfen schwemmen selbst Felsbrocken weg. Niemand kann die gesellschaftliche Zukunft berechnen. Werden wir viele.

***

Auf unserem Spendenkonto konnten wir wieder gut ernten. 429 Euro gingen ein. Vielen Dank.

Ein Sterbefall führte zu der Kündigung eines Abos. Aus einem Print-Abo wurde ein Kombiabo. Neue Abos sind diesen Monat nicht zu vermelden. Eine Bitte: Bestellt kostenfreie Überdruckexemplare, dass die Contraste bekannter werden möge.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte in den Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail.

Aus der Contraste-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

J.H.-R., Düsseldorf	100,00
W.U.	100,00
B.K.-P.	25,00
P.S.	19,00
H.M.	8,00
V.H.	15,00
Kai Böhne, Göttingen	50,00
S.N.	25,00
L.C+M.L.	8,00
B.K.	19,00
Schickengruber, K., Deutschlandsberg	50,00
Clemens Back, Freiburg	10,00

Spendenticker Aktion 2018: Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **4.368,50 Euro**

Spenden für CONTRASTE **CONTRASTE E.V.** **IBAN DE02508900000051512405** **BIC GENODEF1VBD**

UKRAINE: ERHALT DES BERGMASSIVS SVYDOVETS IN DEN WALDKARPATEN

Die Bewegung #free Svydovets verzeichnet erste Erfolge

▲ Noch liegt winterliche Ruhe über den ukrainischen Karpaten. Geht es nach dem Willen des Investors stehen hier bald Hotels und Skilifte.
Foto: Iurii Bakhmat (flickr.com;cc by-sa 2.0; einige Rechte vorbehalten;orig. in Farbe)

In den ukrainischen Karpaten soll ein riesiges Skizentrum entstehen. 60 Hotels, die 28.000 Tourist*innen gleichzeitig beherbergen können, und 230 km Skipisten sind geplant. Ökolog*innen warnen vor der Abholzung der rund 14.000 Hektar Wald, da das Bergmassiv Svydovets eine wichtige Rolle für den Wasserhaushalt der Karpaten spiele. Erdrutsche und katastrophale Hochwasser, auch in den Nachbarländern, wären die Folge.

KOMITEE ZUR ERHALTUNG DES BERGMASSIVS SVYDOVETS, LOPUKHOVO

Nun gibt es Neuigkeiten von den Projektgegner*innen, darunter auch gute: Am 10. Januar fand der Prozess statt, den die Aktivist*innen des Dorfes Lopukhovo gegen den geplanten Tourismuskomplex angestrengt hatten. Am Prozesstag verlief, entgegen unserer Befürchtungen, alles ruhig. Wir von #free Svydovets waren zahlreich erschienen, von der anderen Seite hingegen tauchte niemand auf. Auch die Vertreter der Distriktverwaltungen von Tyatchiv und Rakhiv ließen sich nicht blicken. Hingegen filmten mehrere nationale und regionale Fernsehstationen sowie die Doku-Gruppe von Free Svydovets den Prozess. Worum ging es? Einige Aktivist*innen des Bergdorfes Lopukhovo, unterstützt von einer jungen Juristin, hatten wegen Verfahrensfehlern beim Verwaltungsgericht Einspruch erhoben. Bei den vorgeschriebenen Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung hatten die Distriktverwaltungen keinen offiziellen Geländeplan für das Projekt vorgelegt, sondern nur eine Skizze. Die drei Richter gaben der klagenden Partei Recht und hoben die Dekrete der Präfektur auf. Dieser Gerichtsentscheid ist für die Ukraine eine Sensation und außergewöhnlich, denn im Normalfall ist die Justiz korrupt. Er kam wohl auch durch die starke Medienpräsenz und die Anwesenheit zahlreicher Sympathisant*innen im Gerichtssaal zustande. Die sehr minoritäre Position der Projektgegner*innen im Dorf Lopukhovo erfährt durch dieses Urteil eine Stärkung. Die beklagte Partei kann noch während 30 Tagen Einspruch erheben. Wir feiern den Erfolg, wissen aber auch, dass der Kampf nicht zu Ende ist.

Der Investor ist bekannt

Der Investor kann einen neuen Antrag stellen, diesmal mit einem rechtsgültigen Geländeplan. Dafür muss er neue öffentliche Versammlungen organisieren. Der Investor hat sich endlich zu erkennen gegeben, er tauchte bisher auch juristisch nirgends auf. Es handelt sich um Ihor Kolomoïsky, einen der größten Oligarchen des Landes, dem auch die Skistation Bukovel gehört. Dort gibt es zu wenig Wasser, wie uns ein befreundeter Hydrologie berichtete, weshalb sich der Investor nun auf dem Svydovets-Massiv ausbreiten will. Für das geplante Projekt wären 6.000.000 Liter Wasser täglich erforderlich. Seine rechte Hand, Olenxandre Schewtschenko, sitzt für die Partei Ukrop im Parlament, die dem Block Petro Poroschenkos angehört. In einer privaten Versammlung, die am 20. Dezember bekannt wurde, zeigte Schevtschenko sich zum ersten Mal öffentlich mit dem stellvertretenden Direktor der nationalen Forstbehörde der Ukraine und den Forstbehördenchefs der Regionen Transkarpatien und Iwano-Frankiwsk. Bisher sind die meisten Wälder staatlich, wir sind gespannt, wie sie die Umwidmung und Privatisierung bewerkstelligen wollen.

In einem Kommuniqué erklärt Schevtschenko, dass sie für die Skistation 16 Brunnen bohren und eine Kläranlage mit einer Kapazität von 12.000m³ Schmutzwasser pro Tag bauen wollen. Er erwähnt auch die Projektgegner*innen, also uns, mit denen er eine Arbeitsgruppe bilden will, um Kompromisse zu finden und Missverständnisse zu vermeiden.

Das können wir nicht ernst nehmen, denn die Wirklichkeit sieht anders aus: Mit massiven Repressalien wird versucht, Mitglieder unseres Komitees zum Schweigen zu bringen. Bei einem unserer Aktivisten gab es eine äußerst merkwürdige Steuerprüfung, die eine Strafe von 10.000 Euro zur Folge hatte. Wir haben für ihn einen guten Steueranwalt gefunden, und er legt Berufung ein. Eine Journalistin, die in unserem Sinne berichtet, wurde zu ihrem Chef bestellt. Er drohte, ihr die Pressekarte zu entziehen, falls sie weiter im Namen der Zeitung Informationen über das Tourismusprojekt einholt.

Die Aktiven bekommen Unterstützung

Unterstützung bekommen wir von Wissenschafter*innen des Ökologieinstituts der Karpaten. Sie haben gut argumentierende Publikationen für den Schutz des Bergmassivs herausgebracht und in den sozialen Netzen verbreitet. Sie erstellen Spezialkarten des Svydovets-Massivs, die sie uns zur Verfügung stellen werden. Wissenschafter*innen der Universität Taras-Chevtchenko in Kiew, betreiben auf dem Svydovets-Massiv eine Forschungsstation genau dort, wo die Hotels gebaut werden sollen. Sie sind gegen die Skistation und haben sich unserem Komitee angeschlossen. Eine junge Filmemacherin möchte eine Dokumentation über unseren Kampf drehen. Sie hat bereits eine Gruppe von Kameraleuten gefunden und begonnen zu filmen.

Gleich nach dem Prozess haben wir aufgrund der großen Medienpräsenz weitere Verstärkung erhalten: Der WWF Ukraine schließt sich #free Svydovets an. Genauso wie der Club für Wandertourismus, der uns außerdem bei den Übersetzungen unserer Publikationen ins Tschechische und Ungarische helfen wird. Für Anfang Februar haben wir eine Pressekonferenz in Kiew geplant.

Wir werden uns weiter einsetzen für:

- die Schaffung eines großen Naturreservats, um die Seen und die Quellen der Theiss zu schützen;
- ein Ende der illegalen Kahlschläge;
- eine breite Mobilisierung von Einzelpersonen und NGOs gegen die Verstädterung der Karpaten.

Kontakt: free.svydovets@gmail.com

MELDUNGEN

Vio.me weiter akut bedroht

Am 11. Januar 2018 sind die Vio. Me-Arbeiter*innen in Begleitung von etwa 120 Mitstreitenden erneut in das Gerichtsgebäude von Thessaloniki eingezogen, um die Zwangsversteigerung des Fabrikgeländes zu verhindern und ihre Forderung nach der Nutzung eines Siebtels des Geländes zu bekräftigen. Nach mehreren erfolglosen Versuchen der Versteigerung in 2017 wurde diesmal der Angebotspreis auf 21 Millionen Euro gesenkt. Erneut gelang es den Kolleg*innen, mögliche Anbieter abzuschrecken. Offensichtlich will kein Anbieter zu diesen Bedingungen und mit der Belegschaft von Vio.Me und der Solidaritätsbewegung ein Angebot abgeben. Weitere Versteigerungsversuche sind geplant.

weitere Infos:
http://www.viome.org
http://gskk.eu/?tag=vio-me

Männerrundbrief online gestellt

Der Männerrundbrief wurde von linksradikalen Männern initiiert underschien von 1993 bis 2002. Inhaltlich griff er Themen wie Sexismus,Sexualität, Pornografie, Patriarchat, Männergewalt, Rassismus,Klassismus, Pädagogik, Antimilitarismus, linken und rechtenMännerbewegungen, Männlichkeitsforschung oder Therapie auf KritischeThematisierungen von Männlichkeit, wie sie damals u.a. im Männerrundbrief geführt wurden, können ein Gegengewicht zu rechter Identitätspolitik sein. Auf der Seite finden sich alleMännerrundbriefe zum Download. Des Weiteren schrieb einehemaliges Redaktionsmitglied einen Text zur Einordnung des Männerrundbriefs.

Infos unter:
http://maennerrundbrief.blogsport.de/

GÖTTINGEN: BÜROHAUS UMGENUTZT

Neujahrsempfang im Wohnprojekt OM 10

Bereits zum dritten Mal trafen sich im Januar Unterstützerinnen und Helfer des Göttinger Hausprojektes OM10 bei alkoholfreiem Sekt, Orangensaft und belegten Baguettes-Schnittchen zum Neujahrsempfang.

KAI BÖHNE, GÖTTINGEN

Im November 2015 war das seit 2009 leer stehende DGB-Bürohaus besetzt worden. Nach über einem Jahr Besetzung, und nachdem die Besetzer einen Verein und eine GmbH gegründet hatten, gelang es, sich mit der Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft (VTG) des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auf einen Kauf zu einigen. Seit dem 1. März 2017 ist ein Verein Eigentümer der Immobilie in Bahnhofsnähe. Über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart.

Das Projekt nennt sich OM 10 nach seiner Lage in der Oberen Masch-Straße 10. Dort soll nach Aussagen der Initiatoren »langfristig sozialverträgliches, selbstverwaltetes Wohnen von Geflüchteten und anderen Wohnungssuchenden« ermöglicht werden. Zusätzlich sollen »verschiedene politische und soziale Gruppen hier einen Ort für ihre Aktivitäten« zur Verfügung gestellt bekommen. Im ehemaligen Gewerkschaftssaal sollen politische und kulturelle Veranstaltungen stattfinden.

Ein Anfang ist getan. In den Seitenflügel ist eine siebenköpfige Flüchtlingsfamilie eingezogen, auch die erste Etage ist bewohnt.

Aktive Gruppen

Im Erdgeschoss haben die Fußballfans der Supporters Crew Göttingen 05, das Refugee Network, das Projekt Anonymer Krankenschein und die Sozialistische Jugend Deutschlands, die Falken, erste Räume bezogen. Die Falken bieten eine Kinderbetreuung an.

Das Bürgerinnenforum Waageplatz-Viertel, die Basisgewerkschaft Freie Arbeiter_innen-Union (FAU) sowie eine Studenten- und eine Frauengruppe kommen zu regelmäßigen Sprechstunden oder abendlichen Treffen zusammen.

Die zweite und die dritte Etage sind derzeit noch Baustelle. Bäder werden eingebaut, die Außenfassade wird gedämmt und die Innenräume, die als Büros nur eine Wandstärke von 11 Zentimetern hatten, bekommen einen Schallschutz. In der ersten Etage ist bereits nahezu die gesamte Bodenfläche mit Laminat ausgelegt. Für den weiteren Ausbau werden noch Helfer und Spender gesucht. Interessierte können sich per mail om10@riseup.net oder telefonisch 0151 - 468 297 48 melden.

Die Homepage der OM 10 berichtet regelmäßig über Termine, Planungen und Veränderungen: https://omzehn.noblogs.org/A

ANZEIGEN

GEMEINWOHLORIENTIERTE GEBÄUDENUTZUNG

Nachhaltigkeitslabor im ehemaligen Flughafen

Eine »Initiativgruppe engagierter BerlinerInnen« hat einen Bürgerplan für das ehemalige Tempelhofer Flughafengebäude entwickelt. Ein gemeinwohlorientiertes Reallabor soll entstehen. Wie das genau aussehen soll – darüber sprachen wir mit Stefan Schridde, Projektentwickler und Mitglied der Initiative.

ALEXANDER WENZEL, BERLIN

▲ **Hoch hinaus will die »Initiativgruppe engagierter BerlinerInnen«. Sie wollen im Hauptgebäude des ehemaligen Tempelhofer Flughafen ein »Experimentier-, Praxis-, Lern und Forschungsort für eine generationenübergreifende Lebens- und Wirtschaftsweise« entstehen lassen.** Foto:Aenigmatis-3D @ Pixabay (CC0 Creative Commons)

Zu Tausenden strömen die BerlinerInnen an Wochenenden und Feiertagen auf das ehemalige Tempelhofer Flugfeld. Egal ob zum Joggen, Grillen oder Drachen steigen lassen – das Tempelhofer Feld ist aus dem Berliner Freizeitleben nicht mehr wegzudenken. Das dazugehörige Terminalgebäude mit seinen 300.000 Quadratmetern Fläche hingegen steht zum größten Teil leer. Eine »Initiativgruppe« Berliner BürgerInnen hat sich zum Ziel gesetzt, das zu ändern.

Die letzten Flugzeuge starteten Ende 2008 vom Tempelhofer Flughafen. Im selben Jahr verkaufte der Bund das Flughafengelände an das Land Berlin. Für Verwaltung und Instandhaltung des ehemaligen Flughafengebäudes ist deshalb seit 2011 die Tempelhof Projekt GmbH, eine 100-prozentige Tochter des Landes Berlin, zuständig. Doch nur ein geringer Teil des Gebäudes wird genutzt oder ist vermietet. Ein Problem, welches die Stadt nun mit einem Masterplan angehen will. Ein neues Stadtquartier für Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft – ein »Berlin Creative District« – soll entstehen.

Bürgerplan statt Masterplan

Doch Berlin sei schon »Creative District«, kommentiert Stefan Schridde die Pläne der Stadt. Warum deshalb nicht, die schon bestehenden kreativen Ressourcen nutzen? Und all denen, die Berlins Kreativität ausmachen, einen Platz bieten? Genau das will die Initiativgruppe mit ihrem Konzept für das Gebäude erreichen. Zu »einem Experimentier-, Praxis-, Lern- und Forschungsort für eine generationenübergreifende Lebens- und Wirtschaftsweise« soll das ehemalige Flughafengebäude werden. Als »Gegengewicht zum Vorschlag der Stadt, aber auch Kooperationsangebot«, so Schridde, versteht die Initiative ihren Bürgerplan.

Orientierung sollen dabei die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN (Sustainable Development Goals, SDGs) liefern. Diese reichen von der Überwindung von Armut und Hunger über hochwertige Bildung für alle bis hin zur Bekämpfung des Klimawandels. Und sollen bis 2030 von allen UN-Mitgliedsstaaten erreicht werden. Daran angelehnt schlägt die Initiative vor, die Innenhöfe des ehemaligen Flughafengebäudes als Themenhöfe zu Themen wie Ernährung, Demokratie oder Kultur zu gestalten. Projekte und Organisationen, die sich um ähnliche Bereiche kümmern, könnten sich dann zum Beispiel im selben Themenhof ansiedeln. Eine Agora als zentraler Versammlungs- und Veranstaltungsort würde das Ganze ergänzen.

Eigentum der Stadtgemeinschaft

Im Sinne des Gemeingut- oder Commonsgedanken schwebt der Tempelhof-Initiativgruppe vor, das Gebäude in eine Bürgerstiftung zu transferieren. Diese könnte mit einem Kuratorium für die gemeinwohlorientierte Grundorientierung sorgen. Und auch gewährleisten, dass der Prozess möglichst partizipativ, also mit großer BürgerInnenbeteiligung, abläuft.

Selbst tragen soll sich das ehemalige Flughafengebäude jedoch trotzdem. Was sich, so Schridde, durch einen Mietflächenmix finanzieren ließe. Ähnlich des Lage-Kriteriums bei Immobilien könnte man auch hier die Mietflächen unterschiedlich bewerten. »Man braucht jedoch unterschiedliche Bewertungskonzepte, die nicht nur monetär getrieben sind«, erläutert Schridde. Um so auch Projekten mit wenig Kapital einen Platz im Gebäude anbieten zu können.

Wichtig sei es jetzt, die Pläne der Initiative auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Deshalb ist auch jede/r willkommen, an den Treffen der Gruppe teilzunehmen. Alle zwei Wochen dienstags trifft sich diese in der Zollgarage auf dem Flughafengelände. Und arbeitet weiter daran, dem ehemaligen Flughafengebäude eine Vision zu geben. Denn, so Schridde, »uns alle trägt ein Grundgedanke: Tempelhof ist ein Gebäude, das eine starke Geschichte hat, wo Berlin auch eine Dankbarkeit mit verbindet und etwas zurückgeben kann«.

Der Wandel
hat schon begonnen...
willst du ihn entdecken?

In der Region Berlin-Brandenburg passiert schon viel mehr als du denkst. Projekte, Betriebe, Initiativen treiben den Wandel in Richtung einer solidarischen, ökologischen Gesellschaft täglich voran - wir berichten auf unserer Webseite und nun auch in Contraste regelmäßig hier auf Seite 4 über diese positiven Beispiele.

http://www.imwandel.net/

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Forever young?

AG Beratung
...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

Es ist noch nicht sehr lange her, da feierte ein langjähriges Gemeinschaftsprojekt sein Jubiläum mit einer kulturellen und thematischen Veranstaltungswoche. Viele alltagspraktische Inhalte aus dem Gruppenleben wurden öffentlich debattiert und verallgemeinert verortet. Mit dabei: der Generationswechsel innerhalb von Projekten. Viele Kollektiv-Gründer*innen der 1980iger Jahre und dauerhafte Mitstreiter*innen gehören inzwischen zur Generation 60+, wollen andere Dinge im Leben realisieren oder sind aus anderen Gründen auf dem Weg in die zweite Reihe oder aus dem Projekt. Der Großteil aller anderen in länger bestehenden Projekten kennt die Geschichten der Aufbau- und Gründungszeit wenigstens aus lebhaften Berichten. Und zunehmend mehr wissen über die ursprünglichen Ziele und Motive nur aus zweiter Hand, aus einer verblassenden Vorzeit.

Zurück zur Diskussionsveranstaltung. Das Thema Generationswechsel nahm lebendig Fahrt auf und es erschien endlich wesentlich mehr als nur ein Hoffnungsschimmer. Der große Wert früherer Erfahrungen wurde vielstimmig vorgetragen. Die Wertschätzung der ›bewährten‹ und ›verdienten‹ Genoss*innen war einmütig Konsens. Die Erfahrenen wären für die Jüngeren ein immerwährender Quell von Erkenntnissen. Und das Lernen aus den wertvollen Erfahrungen der Vergangenheit die Projektgrundlage überhaupt. Insgesamt sind die Begegnungen, der Austausch und die produktive Ergänzung zwischen Erfahrenen und Newcomern ein belebender sozialer Prozess.... Donnerwetter, wie konnte uns als externe Berater*innen so eine wunderbare Geschichte in der Entwicklung von Selbstverwaltung entgehen? Warum haben wir aus der Arbeit in Projektgruppen mehrheitlich ganz andere, sprich sehr problematische Eindrücke?

Meine völlig verwunderten Nachfragen förderten dann zutage, dass die Diskussionsbeiträge die Wunschvorstellungen der Beteiligten widerspiegeln. So erhoffen sich sehr viele einen gelungenen und sinnvollen Personenwechsel in ihren Projektgruppen. Meine Wahrnehmung stellte sich somit (leider) doch nicht als so fehlerhaft heraus, denn als alltägliche Realität wurde ein anderes durchaus identisches Bild gezeichnet.

Die Ab- und Weitergabe von Verantwortung und Einfluss von langjährigen Mitstreiter*innen auf neuere und/oder jüngere läuft selten sehr harmonisch, birgt vielmehr häufig anhaltende Konfliktlinien. Und sie bringt nicht nur in Ausnahmen Projekte an ihre Grenzen und darüber hinaus! Sehr vieles wirkt in dem komplizierten Veränderungsprozess zusammen. So tun sich bewährte Projektmitglieder durchgängig schwer überhaupt ihre tragende Rolle zu verändern und auf andere zu übertragen. Jüngere beschweren sich, dass ihnen nicht ernsthaft Verantwortung zugetraut wird und Ältere darüber, dass Jüngere nicht richtig zubeißen und sich zu wenig engagieren. Aussteigende befürchten einen Verlust an persönlicher Bedeutung und der sozialen Dazugehörigkeit, Einsteigende mühen sich vergeblich in den ›Inner Circle‹ vorzudringen. Traditionen und Gewohnheiten in Abläufen werden im Projektalltag fortgeführt, nicht weil sie angemessen und passend sind. Sondern weil zum Abschneiden ›alter Zöpfe‹ müsste langjährigen Genoss*innen wirksam widersprochen werden. Jüngere Aktive gründen mehrheitlich auch aus diesen Gründen lieber ihre eigenen Ensembles und wiederholen zwangsweise viele längst erkannte Fehler. Ältere halten in vielen Projekten unbeirrbar selbst dann ihren Kurs, wenn dadurch ein Ende des gesamten Vorhabens in wahrscheinliche Nähe rückt. Das Zulassen von Veränderungen durch neue und oftmals jüngere Mitstreiter*innen wollen oder können viele Erfahrene schwer aushalten. Ein frustriertes Hinausschleichen oder ein unwürdiges Hinaus-gedrängt-werden erscheinen manchmal als drohende Alternativen. Die Probleme, der Streit oder auch der Stillstand durch diese zweifelsfrei berechtigten, jedoch natürlich gegensätzlichen Interessen und Bedürfnisse legen nicht wenige Gruppen lahm, okkupieren mitunter die verfügbaren Kräfte aller Beteiligten.

Die Kolumne kann nur mit dünnen Worten diesen komplexen und hochemotionalen Prozess in langjährigen Gemeinschaften ansprechen. Vor allem, weil er bei Personen- und gelegentlichen Generationswechsel meist ›nur‹ schwelt oder tabuisiert wird, zu gefährlich für alle Seiten! Gerne würde ich uns wünschen, dass wir uns die eingangs dargestellten Erfolgsstories erzählen können. Ein erster Schritt dahin wäre, wenn er von allen Seiten als ernsthafte Aufgabe benannt und begriffen wird. Und ein zweiter, wenn sich die älteren und erfahrenen Mitstreiter*innen ihrer maßgeblichen Verantwortung zum Gelingen bewusst sind.

Willi Schwarz

WOHN- UND ARBEITSPROJEKT IM AUFBAU

Leben in Gemeinschaft

Der Verein »Leben in Gemeinschaft« konnte 2017 mit der südsteirischen Gemeinde Fehring einen Pachtvertrag mit Kaufoption für ein aufgelassenes Kasernengelände abschließen. Seit etwas mehr als einem halben Jahr wird das Gebäude nun von 33 Erwachsenen und 23 Kindern bewohnt und bespielt.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Seit wann kennt ihr euch als Gruppe und wie seid ihr zu dem Haus gekommen?

Andreas: Einige von uns verfolgten schon seit mehreren Jahren den Plan eines gemeinsamen Wohnprojektes. 2014 lasen wir in den Medien, dass die Kaserne in Fehring geschlossen werden sollte, und in einem ersten Telefonat vermittelte der Bürgermeister eine grundsätzliche Bereitschaft, über einen Verkauf an uns zu reden. Im Sommer 2015 gründeten wir den Verein »Leben in Gemeinschaft« und im Juni 2016 fand unsere grosse Präsentation im Gemeinderat von Fehring statt. Zu dieser Zeit kannten wir bereits das »Cambium«, eine lose Gruppe von etwa 50 Menschen, verstreut über ganz Ost-Österreich, die sich regelmässig trafen, um sich zu Themen gemeinschaftlichen und nachhaltigen Lebens auszutauschen.

Rafaela: »Leben in Gemeinschaft« hatte seinen Vereinsraum direkt neben meiner Wohnung in Graz. Ich habe die vielen Treffen mitbekommen, es hat aber fast ein Jahr gedauert, bis ich, als eine der Gründerinnen des Cambium Gemeinschaftslehrgangs, auf den Gedanken kam, diese zwei Gruppen zu verbinden. Wir sind dann zu einem Plenumstreffen in Andreas' Wohnung gegangen und haben über uns erzählt. Von da an haben wir regelmäßig Treffen miteinander organisiert und an einer Fusion gearbeitet. Ich denke, dass man die verschiedenen Kulturen immer noch spüren kann, das schnelle Wachstum hat sicherlich neben all der Kraft auch Herausforderungen mit sich gebracht.

Maria Malena: Probleme und Konflikte entstanden aus meiner Sicht vorwiegend dann, wenn es zu wenig Transparenz und Kommunikation gab, aber je besser wir uns kennen, desto besser läuft es.

Wie war die Aufnahme in der Gemeinde?

Andreas: Unser Bemühen um die Gemeinde hat vom ersten Kontakt bis zum Vertragsabschluss zweieinhalb Jahre gedauert. Es gab etliche Verhandlungsrunden und auch gemeinsame Veranstaltungen, um die Menschen dort zu informieren und zu gewinnen. In dieser Zeit haben wir ein gutes Verhältnis aufgebaut.

Manuela: Gemeinde, Fehringer, sowie unmittelbare NachbarInnen haben uns zwar neugierig und sehr wertschätzend, jedoch sehr wertschätzend aufgenommen. Bei unserem ersten Tag der offenen Tür haben uns circa 60 Menschen besucht.

Wieviel Wohnraum und Grund habt ihr aktuell? Was passiert derzeit schon im Haus?

Andreas: Unser Gesamtgelände hat 16 ha – Bauland, Bauerwartungsland, Wald, Feld und Wiese – ein Teil davon liegt rund ums Haus, der andere Teil ist der alte Truppenübungsplatz. Das Haupthaus hat 5.500 m², zusätzlich haben wir eine große Halle, einen großen Komplex mit Lagerhallen, Werkstatt, größeren und kleineren Räumen und kleine Häuschen und Container. Die große Halle möchten wir unter anderem für größere Veranstaltungen nutzen, ein Zirkus hat hier schon Platz und Publikum gefunden bei unserem Sommerfest. In dem großen Komplex könnten weitere Werkstätten entstehen, am Truppenübungsplatz agiert vor allem die Arbeitsgruppe Landwirtschaft, ein Wanderschäfer hat vor kurzem mit seinen Schafen dort Rast gemacht und unsere Wiesen gepflegt.

Andreas: Uns ist es wichtig, wirtschaftliche Aktivitäten am Ort zu haben. Eine Lebensmittel-Produktion gibt es bereits, eine Werkstatt die legal Menschen anstellen kann ist in Gründung, unser Seminarbetrieb ist in Vorbereitung, die gewerbliche Beherbergung ebenso und eine Gruppe befasst sich mit dem Aufbau einer Jurtenwerkstatt.

Wie regelt ihr das Finanzielle?

Andreas: Die Kosten für Pacht und Betrieb werden durch freiwillige Beiträge solidarisch gedeckt. Ebenso fließen freiwillige Essensbeiträge zusammen, wir kaufen zentral ein und kochen täglich für alle. Ihren über Wohnen und Essen hinausgehenden Lebensunterhalt bestreiten die BewohnerInnen bislang autonom.

Wie hat das Projekt euer eigenes Leben verändert?

Andreas: Viele alltäglichen Dinge und Entscheidungen sind plötzlich mühsam. Manchmal ist es laut, wenn ich mich ausruhen möchte, Dinge verschwinden, für jeden Furz braucht's endlose Diskussionen und Entscheidungsprozesse. Aber es mach ganz einfach Sinn! Einsamkeit gibt es nicht mehr, ebenso wenig Perspektivlosigkeit. Es ist soooo spannend!

Manuela: Mein Job, den ich 25 Jahre in der gleichen Firma ausgeübt habe, ist sinnlos geworden, das Experiment Leben, gelingende Beziehungen zu üben, gemeinsam gestalten, nimmt meine Zeit voll in Anspruch. Es ist herausfordernd, anstrengend, spannend.

Rafaela: Seit über zehn Jahren habe ich immer wieder über mehrere Monate hinweg in internationalen Gemeinschaften gelebt und viele Ausbildungen gemacht, in denen man lernen soll, wie man Gemeinschaften aufbaut, soziale Konflikte löst, ökologische und ökonomische Krisen behandelt. Der wirkliche Aufbau jetzt ist wohl die beste Ausbildung die es gibt!

Maria Malena: Das Projekt hat mein Leben von Grund auf verändert: Ich lebe mit Menschen zusammen um an einer gemeinsamen Vision zu arbeiten, miteinander zu wachsen und einander zu inspirieren und ich sehe Sinn in unserer Arbeit. Ich spüre, dass es auch eine Bereicherung für mein Kind ist. Herausfordernd ist, dass mich mein bisheriges Leben kaum auf diese Situation vorbereitet hat, die Fähigkeit, sich abzugrenzen und eine gewisse Frustrationstoleranz sind wichtig.

Link:
https://lebeningemeinschaft.jimdo.com/

▲ **Winterarbeit in Fehring: Holz sammeln für Holzkohle für Terra preta** Foto: gregorbuchhaus.com

ANZEIGE

grünes blatt
Zeitschrift für Umweltschutz von unten
Herrschaftskritik
Energiekämpfe
Mensch-Tier-Verhältnis
Anti-Knast-Arbeit
Einzelabo 15€, 10er-Abo 60€ / 4 Ausgaben
Gratis-Probeexemplar
mail@gruenes-blatt.de

CROWDFUNDING-AKTION FÜR DAS BREMER PROJEKT »BETTENHAUS«

Das vertikale Dorf Hulsberg

▲ Die Beteiligten der StadtteilGenossenschaft Hulsberg eG werben für ihr soziales Projekt »vertikales Dorf« in der Mitte Bremens. Sie fordern einen Umbau des ehemaligen Bettenhauses des Klinikums, statt Abriss und Neubau. Foto: SGH

Mit einer Crowdfundingkampagne möchte die StadtteilGenossenschaft Hulsberg eG aus Bremen ihr Projekt des Umbaus des ehemaligen Bettenhauses des Klinikums Mitte voranbringen. Um das soziale, genossenschaftliche Projekt zu verwirklichen, bedarf es Überzeugungsarbeit gegenüber den Entscheidungsträgern der Stadt Bremen. Deshalb wollen sie eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben.

PETER BARGFREDE, BREMEN

In der östlichen Vorstadt, einem begehrten innenstadtnahen Stadtteil in Bremen, wird das Klinikum Bremen-Mitte, das größte Krankenhaus in der Hansestadt, größtenteils neu gebaut. Durch die kompakte Bauweise des neuen Klinikums wird eine knapp 14 ha große Fläche frei. Diese Fläche soll zu einem neuen städtischen Quartier umgebaut werden.

ANZEIGE

Die Finanzierung der umgebauten beziehungsweise neu errichteten Klinikgebäude soll zum Teil durch den Verkauf der frei werdenden, im kommunalen Besitz befindlichen Klinikflächen gedeckt werden. Die Stadt Bremen möchte durch den Verkauf der Grundstücke und Bestandsgebäude in attraktiver Lage insgesamt über 54 Millionen Euro einnehmen.

Soziale Rendite statt Profite

Im Rahmen eines breit angelegten Bürgerbeteiligungsprozesses bestand Einigkeit darin, dass im neuen Wohnquartier trotz des Verwertungsinteresses der Stadt eine soziale Mischung der Bewohner angestrebt werden sollte. So wurde auf Druck von Initiativen und dem zuständigen Ortsbeirat beschlossen, dass 30 Prozent der Wohnungen der Sozialbindung unterliegen sollen. Trotzdem befürchten viele Akteure der Bürgerbeteiligung, dass aufgrund des Interesses der Stadt an möglichst hohen Verkaufserlösen, die meisten Grundstücke an private Investoren verkauft werden, um dort Wohnungen zu errichten, die sich Gering- und Normalverdiener nicht leisten können.

Um zu verhindern, dass durch diese Erlöserwartungen der Stadt bevorzugt kapitalstarke Investoren zum Zuge kommen und so vorrangig Wohnungen für ›Betuchte‹ entstehen, wurde am 3. März 2016 von 30 Personen die StadtteilGenossenschaft Hulsberg eG (SGH) gegründet. Sie hat heute mehr als 100 Mitglieder, sozial gemischt, generationsübergreifend und engagiert. Die Genossenschaft will im neuen Wohnquartier insbesondere die Belange wohnungssuchender Gering- und Normalverdiener, älterer und allein erziehender Menschen, von Familien mit Kindern, pflegebedürftiger Personen, Wohnungsloser und von Flüchtlingen fördern.

Sie möchte als erstes Projekt das größte Bestandsgebäude der Klinik, das neunstöckige »Bettenhaus«, vor dem geplanten Abriss bewahren und dort ein innovatives Wohnprojekt realisieren, das bezahlbaren Wohnraum für sozial gemischte, nachbarschaftliche und gemeinschaftliche Wohnformen schaffen soll. Der genossenschaftliche Wohnraum sichert den Mitgliedern ein dauerhaftes Wohnrecht und die Spekulation mit Grund und Boden wird verhindert. Die Genossenschaft will mit ihrem Projekt auch Segregationsprozessen entgegenwirken, die mit der zunehmenden Wohnungsknappheit und steigenden Mieten einhergehen. Sie möchte nicht, dass sich Lebenswelten voneinander separieren und abgeschottete Subsysteme in der Stadt entstehen.

Das »Bettenhaus« - ein vertikales Dorf

Dagegen setzt die SGH beispielhaft das Konzept einer sozial durchmischten Nachbarschaft im neunstöckigen Bettenhaus, einem »vertikalen Dorf«, das sich auf genossenschaftlicher Basis selbst organisieren soll. In dem Gebäude, das jetzt noch als Krankenstation genutzt wird, könnte diese Vision Realität werden. Hier sollen nach dem Umbau Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen, sozialer und geographischer Herkunft, körperlicher oder wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ihre wohnlichen und nachbarschaftlichen Belange selbstverwaltet regeln.

Das Bettenhaus auf dem Gelände des zukünftigen Wohnquartiers bietet für die Realisierung eines solchen Konzepts die besten Bedingungen. Es verfügt über reichlich potentielle Wohnfläche (ca. 13.000 qm BGF) für die unterschiedlichsten Wohnbedürfnisse. Die Bausubstanz ist solide und die Skelettbauweise des Gebäudes umbaufreundlich, da es nur wenige tragende Wände gibt. Das Bettenhaus ist größtenteils barrierefrei und hat fünf Fahrstühle, die auch bequem mit Rollstühlen befahrbar sind.

Nach einer Überprüfung der baulichen Rahmenbedingungen haben die Architekten der Genossenschaft eine Raumplanung entworfen, die versucht, eine Balance zwischen den unterschiedlichen Nutzungsanforderungen und den konzeptionellen Vorstellungen der SGH einerseits und einem möglichst geringen Umbauaufwand andererseits herzustellen, um so die Baukosten möglichst gering zu halten. Das Nutzungskonzept sieht 70 - 90 Wohnungen für kleine, mittlere und größere Haushalte vor, wie Einzelappartements, innovative Cluster-Wohnungen, gemeinschaftliches Mehrgenerationswohnen, große Wohnungen für kinderreiche Familien, temporäres Wohnen (z. B. für Geflüchtete), Senioren-, Pflege- oder Behindertenwohnungen.

Es sollen frei finanzierte Wohnungen ebenso entstehen, wie geförderte Wohnungen, deren Anteil soll etwa 40 Prozent betragen. Wichtig für das Zusammenleben im »vertikalen Dorf« sind mehrere Gemeinschaftsräume: für eine Bibliothek, ein Dorf-Kino, ein Musikübungsraum oder ein Raum für Veranstaltungen und zum Feiern. Auf zwei Etagen und im Erdgeschoss sind gewerbliche Nutzungen vorgesehen, die sich in das sozial orientierte Nutzungskonzept einfügen. Die Bremer Heimstiftung, der größte Bremer Träger für Altenpflege und Service-Wohnen, will auf einer Etage eine Kurzzeitpflegestation einrichten und im Erdgeschoss eine Tagespflege anbieten. Der Verein für Innere Mission möchte ein Nachbarschaftscafé mit Inklusionscharakter betreiben und die Vermittlung von Wohnungen für Menschen mit Unterstützungsbedarf fördern. Außerdem soll im Erdgeschoss ein Quartiersverein und ein genossenschaftlicher Lebensmittelladen untergebracht werden. Die SGH erhält aus der Stadtgesellschaft viel Lob und große Unterstützung für Ihr Vorhaben, ist es doch die erste Neugründung einer Wohnungsgenossenschaft in Bremen seit über 25 Jahren.

Umbau statt Abriss

Das größte Hindernis bei der Realisierung des Projekts ist die noch ausstehende Entscheidung der politischen Gremien darüber, ob das Bettenhaus erhalten bleibt oder abgerissen wird. Die von der Stadt Bremen für die Vermarktung der Grundstücke gegründete Gesellschaft (GEG) möchte das Bettenhaus gerne zugunsten eines großen Klinikparkhauses abreißen. Sie bezweifelt, dass der Umbau des Gebäudes technisch und finanziell machbar ist und plädiert stattdessen für eine Mantelbebauung des Parkhauses mit Sozialwohnungen. Die SGH argumentiert dagegen, dass nach ersten Kostenberechnungen ein Umbau des Bettenhauses nicht nur günstiger als ein genossenschaftlicher Neubau wäre, sondern auch aus ökologischen Gründen (Erhalt der »Grauen Energie«) sinnvoll ist. Auch die anfängliche Behauptung der GEG, dass ein Nebeneinander von Parkhaus und Bettenhaus aus technischen Gründen (wie Brandschutz und Statik) nicht möglich wäre, konnte von den Architekten der SGH zwischenzeitlich widerlegt werden.

Crowdfunding

Um sicher zu gehen, dass ein Umbau des Bestandsgebäudes auf Basis der selbst formulierten Ziele und der externen Rahmenbedingungen möglich ist, erstellt die StadtteilGenossenschaft Hulsberg eG gegenwärtig mit Unterstützung eines erfahrenen Finanzberaters eine Machbarkeitsstudie für das Bettenhausprojekt. Da hierfür erhebliche finanzielle Mittel benötigt werden, hat die SGH am 1. Januar 2018 eine Crowdfunding-Aktion gestartet mit dem Ziel, bis zum 15. Februar in einer ersten Stufe 6.000 Euro zu sammeln. Ist die Aktion erfolgreich, soll in einer zweiten Phase bis zum 30. April 15.000 Euro zusammenkommen, damit das Finanzierungskonzept und die Wirtschaftlichkeitsberechnung weiterentwickelt werden können. Die Mitglieder der Genossenschaft hoffen nun, dass möglichst viele Menschen bereit sind, ihr »Leuchtturmprojekt« mittels der Crowdfunding-Aktion zu unterstützen.

Spenden: www.startnext.com/vertikales-dorf.

AKTUELLE BEISPIELE

Genossenschaftliche Plattformen als Gegenbewegung?

▲ Die Online-Kollaborationsplattform Wechange geht verstärkt in die Öffentlichkeit, um Akteuren der Wandelbewegung als Werkzeug für gemeinsames Arbeiten zur Verfügung zu stehen. Foto: Udo Loeb

Plattform-Modelle liegen im Trend. Sie schieben sich in immer mehr Bereichen zwischen Unternehmen und Verbraucher, in vielen Fällen mit dem Ziel, als digitaler Zwischenhändler einen möglichst großen Teil der Wertschöpfung in ihre Hand zu bekommen. Die entscheidende Frage bleibt, ob und welche Alternativen es dazu im Internet der unbegrenzten Möglichkeiten gibt? Können genossenschaftliche Ansätze eine Alternative sein, um Anbietern und Nutzern zu helfen, eine erheblich größere Unabhängigkeit zu bewahren?

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Immer mehr Internetplattformen bieten Verbrauchern oder Nutzern attraktive Leistungen an. Sie setzen auf die Bequemlichkeiten der Verbraucher, denen sie einen umfassenden Überblick, leichte Such- und Bestellmöglichkeiten und fast immer auch weitere attraktive, oft kostenlose Vorteile anbieten. Letzteres geschieht, um auf deren Daten zugreifen zu können oder eine langfristige Bindung zu erreichen. Die GründerInnen dieser Plattformen sind oft große IT-Konzerne und Investmentgesellschaften mit viel Kapital im Hintergrund oder kleine, teilweise progressive sympathische Start-ups. Sobald Letztere erfolgreich sind, kommt es aber oftmals zu einem Verkauf an Investoren.

Die entscheidende Frage bleibt, ob und welche Alternativen es dazu im Internet der unbegrenzten Möglichkeiten geben könnte? Eine kleine Reise durch die schöne neue Internetwelt ermöglicht einen kleinen nicht repräsentativen Einblick – in die genossenschaftlich strukturierte.

Breites Spektrum von Ansätzen

Auf jede kommerzielle Ausrichtung verzichtet die gemeinnützige Genossenschaft naturgucker.de mit Sitz in Northeim in Niedersachsen. Sie stellt seit 2008 eine Internetplattform zur Vernetzung von Naturbeobachtern zur Verfügung. Registrierte Nutzer können ihre eigenen Beobachtungen von Vögeln, Säugetieren, Insekten, Pflanzen oder anderen Organismen weltweit eintragen und sich darüber austauschen. 2012 traten unter anderem die NABU-Landesverbände von Hessen und Rheinland-Pfalz der Genossenschaft bei. 7.000 Menschen nutzen mittlerweile aktiv dieses Angebot. Eine wichtige Gruppe sind dabei Hobbyfotografen, die Tier- und Pflanzenaufnahmen einstellen, gegenwärtig schon über 175.000.

Gemeinschaftsgefühl beim Lebensmittelkauf

Auch im alternativen Lebensmittelhandel beginnt »die neue Ära«. Kunden sollen bestimmen, was und zu welchem Preis auf den Tisch kommt, vertritt Norbert Hegmann, vom Food-Start-up »My Enso«. Er will sie mit jeweils 100 Euro an einer Genossenschaft beteiligen. Deren Einfluss soll allerdings erheblich weiter gehen: Das Start-up konzipiert seinen Online-Supermarkt in Bremen zusammen mit 2.000 Beteiligten, die Anstöße unter anderem für das Sortiment liefern können. Aufgebaut werden soll der »beste Supermarkt für Deutschland« so Hegmann, »nämlich von den Kunden für die Kunden.«

Die Idee des Car-Sharings des »Auto teilens« ist in den Städten schon länger etabliert. Die Regional- und Energiegenossenschaft Aller-Leine-Tal eG (REALWeg) will dieses Konzept auf den ländlichen Raum übertragen. Mit sieben elektrisch angetriebenen Fahrzeugen eröffnen die Initiatoren mehrere Standorte im Aller-Leine-Tal. Die Buchung kann über eine Online-Plattform erfolgen, ist aber auch telefonisch möglich. Neben einer einfachen Belegung der Fahrzeuge wird mit ehrenamtlichen Fahrern oder Fahrerinnen auch ein Seniorenfahrdienst angeboten. Würde eine solche Plattform bundesweit von allen bürgerschaftlich orientierten Car-Sharing-Unternehmen genossenschaftlich aufgebaut werden, wäre dies langfristig der zukunftsträchtigere Weg.

Neu am Markt versucht sich die FK FAIRKULTUR eG zu etablierten. Am 26. Oktober 2017 in Berlin gegründet organisiert sie eine neue Form der Kunst- und Kulturarbeit. Bausteine sind Projektarbeit mit solidarischen Unterstützern, mit genossenschaftlicher Finanzierung und zusammen mit Investoren, die in den Bereich Kunst und Kultur investieren. Als Genossenschaft 3.0 betreibt sie zu diesem Zweck eine Internet-Plattform auf der Dienstleistungen angeboten werden, beispielsweise der Handel von Leistungen, Objekten, Produkten und Rechten aus dem Kunst-, Kultur- und Kreativbereich. Ein Schwerpunkt werden die KünstlerInnen aller Kunstgattungen sowie Kulturschaffende sein, die ihre Werke und kreativen Leistungen als Projekte initiativ entwickeln und umsetzen.

Zwischen Kultur und Kommerz

Wesentlich kommerzieller ist die KoPart eG mit Sitz in Düsseldorf aufgestellt. Ihr Slogan lautet: »kommunal und partnerschaftlich«. Mitglieder können alle Kommunen werden, insbesondere alle Mitglieder des Städte- und Gemeindebundes NRW sowie kommunale Gebietskörperschaften und deren Gesellschaften. Die KoPart eG fasst den kommunalen Bedarf der Mitglieder zusammen und bündelt ihre Nachfrage. Dadurch erreicht sie bessere Konditionen am Markt. Dies organisiert sie über eine Internetplattform für die Mitglieder. Dabei »garantiert« sie Vergaberechtskonformität sowie Berücksichtigung aller Vorgaben (GWB, VgV, StatVO, TVgG-NRW, Erlass kommunaler Haushaltsgrundsätze etc.). Branchen wie die Solidarische Landwirtschaft, neue Wohnprojekte oder Energiegenossenschaften könnten sich hier entscheidende Anregungen holen.

WECHANGE: BERLINER GEHEIMTIPP

Online-Plattform für Weltverbesserer

Seit 2015 existiert die WECHANGE Genossenschaft. Sie betreibt die gleichnamige Online-Vernetzungs- und Kollaborationsplattform, die von mittlerweile über 15.000 Menschen genutzt wird. Als ethisch korrekte Alternative zu verbreiteten Tools wie Google-Docs, Dropbox, Asana oder doodle vereint wechange.de die wichtigsten Funktionen zur unkomplizierten Online-Zusammenarbeit an einem Ort, und das bei maximalem Datenschutz. Bisher wird die Plattform als alternativer Geheimtipp aus Berlin gehandelt, doch das könnte sich bald ändern – denn sie wird täglich beliebter.

ENNO STRUDTHOFF, LUDWIG SCHUSTER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Ortsbesuch im ökosozialen Co-Working Space »Thinkfarm« am Treptower Park. In dem selbstorganisierten Gemeinschaftsbüro haben sich zahlreiche Kreative, Sozialunternehmer*innen und Vereine zusammengefunden und arbeiten gemeinsam an einer besseren Welt. Unter ihnen ist auch die WECHANGE-Genossenschaft. Sie wurde von Visionär*innen, Entwickler*innen und vielen engagierten Freiwilligen mit einem klaren Ziel gegründet: den gesellschaftlichen Wandel hin zu einer sozialen und nachhaltigeren Welt voranzubringen – und das gemeinsam, vernetzt, online.

Kleine Erfolgsgeschichte

Mit Erfolg: In mehr als 250 Gruppen, über 400 Veranstaltungen und über 500 gestarteten Projekten hat sich auf wechange.de bereits ein beachtlicher Teil der sozial-ökologischen Wandelbewegung versammelt, aber auch Menschenrechts-Aktivist*innen und andere zivilgesellschaftliche Initiativen. Und es werden täglich mehr. Denn inzwischen hat sich nicht nur herumgesprochen, dass die großen Internetkonzerne und sozialen Netzwerke wie Google und Facebook die digitalen Fußabdrücke ihrer Nutzer*innen kommerziell zur eigenen Profitmaximierung ausbeuten. Herumgesprochen hat sich auch, dass mit WECHANGE inzwischen eine echte Alternative für die vielen Akteure des Wandels bereitsteht, die genau da den Unterschied macht.

Die Vernetzungsplattform für Aktivist*innen begann als Projekt des Vereins »Wachstumswende e.V.« vor gerade einmal fünf Jahren, im Jahr 2012. Gemeinsam mit dem Entwicklerteam der sinnwerkstatt brachte der Verein damals den ersten funktionsfähigen Prototypen von WECHANGE in die Welt. Seither wird die Online-Plattform in Kooperation mit Partnern wie Brabbl, GreenNetProject, platform cooperativism und Kombüse in enger Abstimmung mit den Nutzer*innen stetig weiterentwickelt. Dass WECHANGE dabei die Hoheit über die Daten nicht nur den Nutzer*innen überlässt, sondern diese auch vor dem Zugriff durch Dritte schützt, haben die WECHANGE Entwickler in einem Härtetest des TÜV unter Beweis stellen lassen – auf eigene Initiative. Die Wandel-Aktiven wissen es zu schätzen. Zwar wird WECHANGE dadurch wohl künftig kein Geheimtipp mehr bleiben. Doch das ist auch gut so.

Was Ihr WECHANGE schon immer mal fragen wolltet, aber nicht zu fragen wagt

Was ist WECHANGE? WECHANGE ist eine genossenschaftlich betriebene Online-Kollaborationsplattform für die Akteure des Wandels. ChangemakerInnen melden sich dort an, vernetzen sich und machen ihre Aktivitäten für andere sichtbar. Zudem bietet die Plattform praktische Funktionen für die gemeinsame Arbeit an Projekten.

Wer nutzt WECHANGE? Auf WECHANGE sind viele Anwender aus der deutschsprachigen Wandelbewegung präsent. Über WECHANGE organisieren sich bspw. lokale Foodsharing-, Transition-Town- und Gemeinwohlökonomie-Gruppen, aber auch große Verbände und Netzwerke wie »netzwerk n« oder das Netzwerk Wachstumswende. WECHANGE wird aber auch in anderen Ländern genutzt, denn die Plattform gibt es auch auf Englisch, Russisch und Ukrainisch. Aktuell sind 15.000 Menschen registriert und arbeiten in mehr als 250 Gruppen und über 500 Projekten zusammen. Neben wechange.de betreut die Genossenschaft weitere Portale, die nur den Mitgliedern der jeweiligen Organisationen offen stehen.

Welche Funktionen bietet WECHANGE? Teams finden sich in »Projekten« zusammen. Für mehrere Projekte parallel werden die Mitglieder und Aktivitäten in einer gemeinsamen »Gruppe« organisiert. Zahlreiche sinnvolle Funktionen stehen standardmäßig zur Verfügung:

- **Neuigkeiten** – wie auf Facebook Nachrichten veröffentlichen und kommentieren
- **Veranstaltungen** – Termine in einen Kalender eintragen, intern oder öffentlich
- **Terminfindung** – Terminoptionen anlegen und die am besten passenden ermitteln
- **Umfragen** – Meinungen einholen und Entscheidungen fällen
- **Aufgaben** – Aufgaben erstellen, Projektmitgliedern zuweisen und abhaken
- **Dokumente** – in Echtzeit zusammen schreiben und rechnen, in geordnet abgelegten Etherpad- und EtherCalc-Dokumenten
- **Dateien** – beliebige Dateien hochladen und geordnet für das Team zugänglich machen
- **Nachrichten** – direkte Nachrichten an eine oder mehrere Personen oder an alle im Projekt oder der Gruppe schicken
- **Karte** – jederzeit sehen wo der Wandel ist, gefiltert nach Personen, Veranstaltungen, Gruppen und Veranstaltungen
- **Suche** – nach Inhalten innerhalb der eigenen Projekte und Gruppen suchen

Ist WECHANGE Open-Source? Ja. Bislang existiert allerdings noch kein Prozess, um externe Open-Source-Entwickler in die Programmierung einzubinden.

Ist WECHANGE kostenlos? WECHANGE bietet die Plattform unter einem Freemium-Tarifmodell an. Die Nutzung von Projekten und allen zugehörigen Funktionen ist bis 1 GB Speicherplatz kostenlos, mit beliebig vielen Nutzer_innen. Gruppen kosten monatlich 5 Euro, Portale 100 Euro.

Wie finanziert sich WECHANGE? Die Weiterentwicklung, z.B. neue Features oder eine Übersetzung in andere Sprachen wird häufig in Kooperation mit Partnern finanziert.

Kann man sich an WECHANGE beteiligen? Es gibt Möglichkeiten zur Mitarbeit. Ein Genossenschaftsanteil kostet 100 Euro.

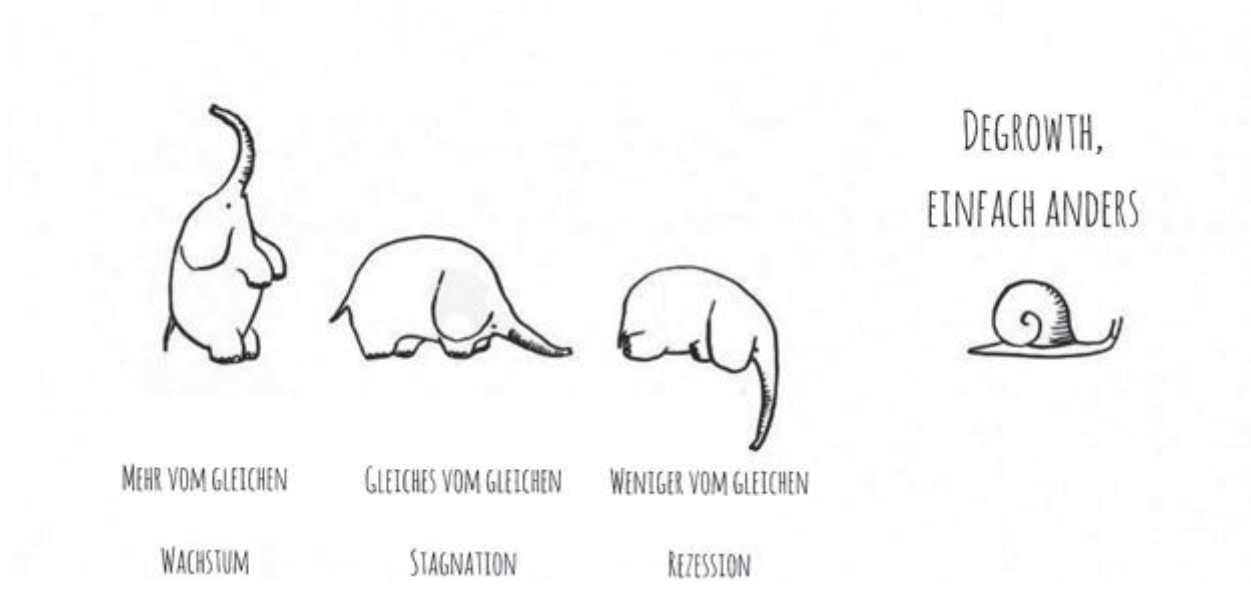
Quelle: Markus Kollotzek (GreenNetProject)

DEGROWTH

Aktivismus und Wissenschaft zusammen denken

Gefühlt bin ich schon viel zu lange an der Uni. Seit 2009 gehöre ich irgendwie zum akademischen Umfeld, irgendwie aber auch nicht. Als ich politisch aktiv wurde, tat sich eine Lücke auf zwischen Studium und Engagement. Scheinbar hatten diese beiden Lebensbereiche nicht viel miteinander zu tun - sie durften es auch nicht. Schließlich ging es auf der einen Seite um Objektivität und Neutralität, auf der anderen aber um Werte, Meinungen und gesellschaftlichen Wandel. Das lässt sich schwer miteinander unter einen Hut bringen. Oder?

REGINE BEYSS, KASSEL



Fotos: Robert Orzanna (flickr.com; cc-by sa 2.0)

Im Journalistik-Studium hieß es immer wieder, ich dürfe mich nicht mit einer Sache gemein machen. Ich sollte immer die objektive Beobachterin bleiben, nicht Teil der Ereignisse werden, nicht involviert sein. Das ging so lange gut, bis ich über Dinge berichtete, die mir am Herzen lagen: soziale Bewegungen, Aktionen und Menschen, mit denen ich sympathisierte. Nach meiner Zeit bei Amnesty International und Attac wurde ich ein Teil der Occupy-Bewegung – und das, während ich für die Lokalzeitung über deren erste große Demonstration in Frankfurt am Main berichtete. Das war im Oktober 2011.

In Würzburg regte sich etwa zur gleichen Zeit die erste Welle der Geflüchteten-Proteste – mit Platzbesetzungen, Demonstrationen, Mahnwachen und Hungerstreiks. Darüber konnte ich irgendwann nicht mehr berichten, weil ich Unterstützerin dieser Proteste war. Ich hatte Angst, dass ich den journalistischen Anspruch der Objektivität nicht mehr erfüllen konnte. Größer aber noch war die Angst, dass andere Aktivist*innen mir nicht mehr vertrauen würden, wenn ich gleichzeitig für die Lokalpresse arbeite. Beides finde ich rückblickend mehr als nachvollziehbar. Immerhin konnte ich aber meine Bachelor-Arbeit dann diesem Thema widmen und untersuchte die Berichterstattung über die Geflüchteten-Proteste in Deutschland im Zuge des ersten großen Lampedusa-Unglücks im Oktober 2013, bei dem fast 400 Menschen auf ihrer Flucht nach Europa ertranken.

Fern ab der Wirklichkeit

Wieder und wieder war es schwer, meine unterschiedlichen Aktivitäten voneinander zu trennen. Ich änderte die Fachrichtung und landete in den Wirtschaftswissenschaften. Ich wollte nicht nicht mehr Journalistin sein, aber ich wollte ein Fachgebiet genauer kennenlernen, mich spezialisieren. 2014 saß ich dann also in Kursen über Volks- und Betriebswirtschaftslehre, um im Anschluss den Master »Nachhaltiges Wirtschaften« studieren zu können. Noch nie hatte etwas so wenig mit meinem Leben zu tun wie diese Grundlagenkurse. Während alle Welt über die Finanzkrise diskutierte und ich mit anderen Aktivist*innen nach ökonomischen Alternativen zum Kapitalismus suchte, hörte ich mir neoklassische Theorien an. Paradox. Aber gut, so verstand ich zumindest ein bisschen besser, was dahinter steckte. Seitdem bilde ich mir ein, meine Kritik gezielter und fundierter äußern zu können.

Seminare zu Post-Development und Degrowth

Zum Glück ist das aber nicht alles, was mir an der Hochschule begegnet ist. In den letzten beiden Seminaren, die ich besucht habe, fand ich mich und meinen Aktivismus tatsächlich wieder. Ich las Texte über soziale Bewegungen, über Theorien und Konzepte, die mir schon vorher bekannt waren. Es stellte sich ein größerer Zusammenhang her, ein Rahmen, der – so doof es klingen mag – sich irgendwie gut anfühlte. Thematisch ging es um Post-Development, Postkolonialismus und Degrowth. Meine Studienleistung war die Organisation einer Exkursion zur Kommune Niederkaufungen, eine der politischen Kommunen im Raum Kassel. Ich hielt ein Referat über die trügerische Fassade von Fairtrade und beschäftigte mich mit der Kritik an »grünem Wachstum«. Und ich lernte viel Neues über soziale Bewegungen im globalen Süden. Besonders freute ich mich, als ich mich auf eine der nächsten Sitzungen vorbereitete und der Text den Anarchismus als mögliche Alternative erwähnte. Studium und Anarchismus? Das war für mich eine neue Erfahrung!

Ein Begriff ließ mich im Laufe des Semesters nicht mehr los: Degrowth als Beispiel für »activist-led science«, also als Wissenschaft, die von Aktivist*innen vorangetrieben wird. Dankenswerterweise konnte ich zu diesem Thema dann meine Hausarbeit verfassen. Wie so oft fand ich es zwar nervig, eine solche Arbeit einreichen zu müssen und schlug mich mit dem Abgabetermin herum. Trotzdem war es sehr spannend, mich mit dem Verhältnis zwischen Wissenschaft und Aktivismus mal intensiver auseinanderzusetzen. Plötzlich gab es da eine neue Perspektive, die zwischen den beiden Bereichen eine produktive Beziehung herstellte. Und mir auch die Entscheidung abnahm, mich für eine der beiden Seiten entscheiden zu müssen. Vielleicht ging ja auch beides zusammen? Vielleicht war es sogar gut, wenn Menschen sich bewusst dafür entschieden, sich an dieser Schnittstelle zu bewegen?

Verbindung von Wissenschaft und Aktivismus

Was diese Frage betrifft, bin ich sicher kein Einzelfall. Ich kenne viele Menschen, die politisch aktiv und gleichzeitig noch an der Uni sind. Und wahrscheinlich beschäftigen sie sich auch mit Engagement, kritischer Distanz, Glaubwürdigkeit und Karriere. Deshalb ist eine solche Diskussion über die Verbindungen zwischen Wissenschaft und Aktivismus hilfreich, wenn nicht sogar notwendig. Meine Hausarbeit sollte sich dieser Diskussion annähern. Die Kernfrage lautete, welche Merkmale Degrowth zu einer »activist-led science« macht. In einem weiteren Sinne ging es dann auch um das generelle Verhältnis von Aktivismus und Wissenschaft und den Ansatz der post-normalen Wissenschaft. Ich komme eher aus der Praxis als aus der Wissenschaftstheorie, deshalb musste die Arbeit relativ begrenzt bleiben. Zumindest für mich war sie aber erkenntnisreich und spannend. Und wenn eine Studentin das über eine Hausarbeit sagt, ist schon viel gewonnen.

Wissenschaft ist nicht objektiv

Die Beziehung zwischen Wissenschaft und Aktivismus ist tatsächlich nur auf den ersten Blick so klar abgegrenzt, wie es die Theorien gerne hätten. In Wahrheit ist Wissenschaft kein neutrales Unterfangen, das völlig frei ist von Werturteilen und subjektiven Erfahrungen. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind genauso sozial konstruiert wie jedes andere Wissen auch. Das fängt schon mit der Entscheidung an, was erforscht wird und was nicht. Außerdem können wissenschaftliche Erkenntnisse nicht von ihren politischen, sozialen und ökonomischen Implikationen getrennt werden. Sie befinden sich nicht im luftleeren Raum, sondern sind Teil der gesellschaftlichen Debatte. Wissenschaftler*innen können und sollten Position beziehen. Das heißt allerdings nicht, dass es nicht bestimmte Kriterien und Standards für die wissenschaftliche Arbeit geben sollte, an denen sich die Ergebnisse messen lassen.

Für den Aktivismus sind wissenschaftliche Befunde oft wichtig, um die eigene Position inhaltlich zu stärken. Viele Konzepte wurden aus der Wissenschaft übernommen, zum Beispiel der Rebound-Effekt, der erklärt, warum Effizienzsteigerungen nicht automatisch zu einem geringen Ressourcenverbrauch führen. Andererseits haben Aktivist*innen in ihrer Praxis Konzepte entwickelt, die die Wissenschaft aufgegriffen hat, wie das der ökologischen Schulden. Außerdem kann die Einbindung von Aktivist*innen dabei helfen, ungleiche Machtverhältnisse herauszufordern, die aufgrund von ökonomischen oder institutionellen Gegebenheiten entstanden sind. Mit anderen Worten: Sonst würde vielleicht nur noch in Bereichen erforscht werden, in denen ein Profitinteresse besteht.

Neue Probleme brauchen neue Methoden

Der Ansatz der post-normalen Wissenschaft von Funtowicz und Ravetz geht davon aus, dass wir in einer Zeit leben, in der die Probleme nicht mehr mit den klassischen Methoden der Wissenschaft gelöst werden können. Es geht nicht mehr darum, Dinge zu entdecken oder Rätsel zu lösen. Vielmehr stehen wir vor unvorhersehbaren Veränderungen, die eine gemeinsame Reaktion erfordern – allen voran im Bezug auf unsere Umwelt und das Klima. Diese Probleme sind charakterisiert durch eine enorme Unsicherheit und langfristige Auswirkungen. Gleichzeitig ist der Handlungsdruck groß, und viele Menschen sind betroffen und wollen mitreden. Für die Wissenschaft bedeutet das eine neue Ausgangssituation. Statt formalisierten Schlussfolgerungen fordern Funtowicz und Ravetz deshalb einen interaktiven Dialog und die Einbindung von Wissen und Menschen außerhalb der akademischen Institutionen, also zum Beispiel von Bürger*innen, Aktivist*innen und Betroffenen.

Im Grunde genommen geht es darum, wie wir als Gesellschaft mit den Veränderungen der Umwelt umgehen, die wir größtenteils selbst zu verantworten haben (auch die Wissenschaft hat ihren Teil dazu beigetragen) und die uns vor große Herausforderungen, wenn nicht Gefahren stellen. Degrowth ist ein Beispiel dafür, wie Wissenschaft und Aktivismus zusammen neue Lösungen entwickeln können.

Ein gutes Leben für alle

Eine klare Definition von Degrowth zu finden, ist nicht ganz einfach. Es ist eine bestimmte Sichtweise auf die derzeitigen Krisen und gleichzeitig eine wachsende soziale Bewegung, die ihren Fokus auf ökonomische Alternativen jenseits des Wachstums legt. Es geht darum, ein gutes Leben für alle Menschen zu ermöglichen und gleichzeitig die ökologischen Ressourcen zu schützen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise mit Wachstumszwang, Profitstreben und Wettbewerb steht diesem Ziel entgegen. Es wird im alltäglichen Leben ein kultureller Wandel in Richtung Solidarität, Kooperation und Achtsamkeit angestrebt.

Soweit, so kurz. Degrowth schließt verschiedene Konzepte, Akteur*innen und Strategien ein, die ich an dieser Stelle aber nicht alle anführen will. Die Bewegung entstand 2001 in Frankreich, und zwar im Rahmen von Projekten wie Kooperativen, Küchen für alle und Protesten für autofreie Städte. Im Mittelpunkt stand und steht ein freiwilliges Zurückfahren von Produktion und Konsum. Der französische Begriff »décroissance« wurde immer populärer, es gründete sich auch eine gleichnamige Zeitschrift. In anderen Ländern entstanden ähnliche Bewegungen. 2008 fand dann die erste Degrowth-Konferenz in Paris statt und in den nächsten Jahren eroberte der Begriff auch die wissenschaftliche Debatte. Es folgten vier weitere Konferenzen – eine davon 2014 in Leipzig.

Basisdemokratische Organisation von Konferenzen

Die Konferenzen waren im Gegensatz zu konventionellen wissenschaftlichen Kongressen basisdemokratisch organisiert, sowohl im Vorfeld als auch die Veranstaltung selbst. Der große dezentrale Organisationskreis achtete unter anderem auf Geschlechtergerechtigkeit und die Verteilung der Verantwortlichkeiten. Jede*r konnte selbst über den Teilnahmebeitrag entscheiden, den er oder sie geben konnte. Es sollte möglichst wenig Zugangsbarrieren geben, deshalb wurden viele Veranstaltungen auch im Internet übertragen. Verpflegung und Mobilität wurden so umweltfreundlich wie möglich organisiert.

Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen aus ganz unterschiedlichen Bereichen nahmen daran teil. Oft überlagern sich die jeweiligen Rollen auch, weil Menschen sowohl in der Wissenschaft arbeiten als auch an Projekten teilnehmen. Die Studien zu Degrowth basieren größtenteils auf praktischen Erfahrungen von Aktivist*innen und ihren Projekten. Das heißt allerdings auch, dass es zu Konflikten kommen kann, zum Beispiel wenn Aktivist*innen das Gefühl haben, dass ihre Ideen ausgenutzt werden, um einen Vorteil für die eigene wissenschaftliche Karriere zu haben. Mitunter können auch die Ziele unterschiedlich sein. Nichts desto trotz können beide Seiten enorm von einer Kooperation profitieren.

Machtverhältnisse herausfordern

Für mich ist Degrowth ein Beispiel dafür, wie eine solche Kooperation funktionieren kann und wie unterschiedliche Akteur*innen und Perspektiven zu vielversprechenden Ergebnissen führen können. Degrowth versucht, ganzheitlichere Lösungen für Probleme zu finden und geht damit über den eher mechanistischen Ansatz der Wissenschaft hinaus. Diese Lösungen werden größtenteils außerhalb von offiziellen Institutionen erarbeitet und erprobt. So werden Machtverhältnisse herausgefordert und durch Selbstorganisation ersetzt.

Natürlich bleiben dabei noch offene Fragen, vor allem im Bezug auf Wissenschaftstheorie. Welche Kriterien braucht es für eine fundierte Wissenschaft, wenn weitere Kreise einbezogen werden. Es braucht eine Idee, wie mit diesem Mosaik von Wissen umgegangen werden kann – und wie wir auf Grundlage dessen gemeinsame Entscheidungen fällen können. Die basisdemokratischen Methoden, die im Rahmen von Degrowth angewendet werden, sind dafür vielleicht ein erster Schritt. Innerhalb der Bewegung gibt es außerdem noch Konflikte über die politische Strategie. Welche müssen gelöst werden? Und welche Strategien können vielleicht auch parallel laufen?

Tatsächlich sind die Ideen wie die der Degrowth-Bewegung noch weit davon entfernt, die existierenden ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen zu überwinden. Der Mainstream bläst immer noch in ein ganz anderes Horn. Zumindest das Potenzial ist aber da – sowohl in der Wissenschaft als auch im Aktivismus.

Lesenswertes

Bandelli, A., 2015. The blurred boundaries between science and activism. Journal of Science Communication, 14(2), C01.

Funtowicz, S. O., and Ravetz, J. R., 1993. Science for the post-normal age. Futures, 25(7), 739-755.

Konzeptwerk Neue Ökonomie und DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Eds.), 2017. https://www.degrowth.de/de/dib/degrowth-in-bewegungen/. München: oekom.

STUTTGART: 400 MAL WIDERSTAND AUF MONTAGSDEMOS

» Aktiv sein heißt: Oben Bleiben! «

▲ Der Regisseur Volker Lösch bei seiner Rede auf der Klimademo in Bonn (Bild); ebenso fulminant war sein Beitrag auf der 400sten Montagsdemo in Stuttgart

Foto: Wolfgang Rüter

Am Montag, den 15. Januar, demonstrierten mehr als 4.000 Menschen zum 400sten Mal gegen das Immobilien- und Infrastrukturprojekt Stuttgart21. Die Widerstandsbewegung blickt optimistisch in ihr neuntes Jahr, denn die Krise des schädlichen Großprojekts wird immer deutlicher sichtbar. – Ein Blick auf den Stand des Projekts und Auszüge aus zwei fulminanten Demoreden.

PETER STREIFF, STUTTGART

In den letzten Monaten hatten die Skandalnachrichten rund um Stuttgart21 deutlich zugenommen, die Aufmerksamkeit der überregionalen Presse stieg wieder an. Obwohl die offizielle Sollbruchstelle beim Betrag von 4,5 Milliarden Euro liege, stimmte der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn (DB) zu, dass S21 nun 8,2 Mrd. Euro kosten soll. Der Bundesrechnungshof und unabhängige Gutachter schätzten bereits vor einem Jahr mindestens 10 Milliarden. Wer die Mehrkosten tragen soll, ist nicht geklärt.

Obwohl offizieller Baubeginn bereits 2010 war, stimmte der DB-Aufsichtsrat zu, dass es nun doch 2025 werde. Auch diese Zahl wirkt jedoch unglaubwürdig, denn Bauaufträge werden bereits bis 2026 vergeben. Außerdem sind zentrale Bauabschnitte nicht bewilligt.

Daher forderte das Aktionsbündnis gegen Stuttgart21 anlässlich der 400. Montagsdemo einen Baustopp und präsentierte aktuelle Ergänzungen zum eigenen Umstiegskonzept. Es beinhaltet bei Erhalt des Kopfbahnhofs eine höhere Kapazität und die Einsparung von mindestens 4,2 Milliarden Euro.

Kultur des Widerstands

Diese skandalösen Fakten sind den Menschen, die Woche für Woche montags demonstrieren bestens bekannt. Die Jubiläums-Demo am 15. Januar war wie immer eine »anspruchsvolle Volkshochschule unter freiem Himmel« – diesmal vor allem mit grundsätzlichen und kulturellen Beiträgen: So stellte der Autor Winfried Wolf die zweite, erweiterte Auflage seines Buch »Abgrundtief+bodenlos« vor, in dem er das absehbare Scheitern von S21 begründet. Und die aus der Heute-Show bekannte Stuttgarter Kabarettistin Christine Prayon kombinierte bissige und nachdenkliche Töne:

»Mag ja sein, dass Stuttgart21 nach finanziellen, städteplanerischen, sicherheitstechnischen, ethischen, moralischen und rationalen Kriterien ein »falsches« Projekt ist. In der Logik dieses Systems aber ist es absolut richtig. In der Logik des Kapitalismus kann es gar nicht scheitern. Niemals! Mit mafiöser Attitüde, unter Zuhilfenahme dreister, fetter Lügen (neuerdings auch »alternative Fakten« genannt), durchgesetzt von einem weitestgehend korrumpierten politisch-medialen Komplex, notfalls mit nackter Gewalt, erscheinen Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und Ziele, wie sie im Grundgesetz stehen, zusehends nur noch wie ein Stück sentimentaler Folklore. So wird S21 auch zu einem Vorbild, einem praktizierten Fallbeispiel, einer politischen Blaupause dafür, wie man sukzessive in Verhältnisse rutscht, welche der Ausspruch 'Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf' beschreibt. Übertrieben? Hoffentlich. Ich sag's nur … falls mal wieder jemand fragt, wo SO WAS eigentlich immer anfängt.«

»Aktiv sein ist alles«

In einer fulminanten Schlussrede beschrieb der Regisseur Volker Lösch, was die hartnäckige und kreative Stuttgarter Bewegung ausmache:

»Denn die existentielle Kraft dieser Bewegung kommt nicht aus dem GEGEN S21, sondern aus einem DAFÜR. Man wird ihr viel eher gerecht, wenn man beschreibt, wofür sie kämpft und einsteht. Denn es ist eine positive Kraft, die sie am Leben hält. Es sind die gemeinsamen Interessen und Erfahrungen, die diese so überaus kreative, produktive und mutige Bewegung ausmachen, die sie zu dieser so beeindruckenden sozialen Figur haben werden lassen.

Das größte Interesse dieser Bewegung gilt – dem guten Leben für alle. Und deshalb ist hier immer etwas Grundsätzliches spürbar: diese Stadt, dieses Land, diese Welt ist dieser Bürgerbewegung nicht egal. Es ist ihr nicht egal, dass dringend für Soziales benötigte Steuergeld für stadtzerstörende Großprojekte verbrannt wird. Es ist ihr nicht egal, dass sich verantwortliche Politiker*innen von Lobbyisten-Gruppen dafür instrumentalisieren lassen. Es ist ihr nicht egal, dass die Gesellschaft nur noch ein Anhängsel des Markts ist. Es ist ihr nicht egal, dass Zukunftsfragen mit Konzepten aus der Vergangenheit beantwortet werden!«

Infos:
http://www.parkschuetzer.de/statements/199487 (Demodoku)
www.umstieg-21.de

INTERNATIONALE BEWEGUNGEN GEGEN UNNÜTZE GROSSPROJEKTE

System21 überall

Vor sieben Jahren ist in der Stuttgarter Widerstandsbewegung der »Arbeitskreis Stuttgart21 ist überall« entstanden. Der Austausch mit anderen Bewegungen will das System und seine (Profit-) Interessen deutlich machen, das versucht, unnütze und aufgezwungene Großprojekte durchzusetzen. Beispielsweise auch bei der Vernetzung mit dem Protest gegen gigantische Bauprojekte der Regierung Erdoğan.

ARBEITSKREIS STUTTGART21 IST ÜBERALL
UND AYNUR K., STUTTGART

Der »Arbeitskreis Stuttgart21 ist überall« wurde als Gruppe der Parkschützer in Stuttgart gegründet und besteht seit Dezember 2010. Er beteiligte sich im Jahr 2011 am ersten europäischen Forum gegen unnütze Großprojekte im Susatal (Italien), wo sich die dortige »NO TAV«-Bewegung gegen eine geplante Schnellbahntrasse von Turin nach Lyon wehrt. Ein Jahr später beteiligte sich der Arbeitskreis am zweiten Forum im französischen Notre-Dame-des-Landes, wo die sehr aktiven ZADisten (inzwischen erfolgreich) das geplante Flughafengelände besetzten (siehe Beitrag auf Seite 10).

Im Jahr 2013 organisierte der Arbeitskreis gemeinsam mit vielen anderen das dritte Forum gegen unnütze Großprojekte in Stuttgart mit mehreren hundert Teilnehmer_innen. Im Jahr darauf reisten Mitglieder des Arbeitskreises zum vierten Forum nach Rosia Montana in Rumänien, 2015 beteiligten sie sich am 5. Forum in Bagnaria Arsa (Friaul/Italien) und 2016 am 6. Forum in Bayonne (Frankreich). Contraste hat häufig darüber berichtet.

Gleiche Mechanismen

In seinem Selbstverständnis schreibt der Arbeitskreis: »Teilgenommen haben wir auch an der Übergabe des Urteils des Permanenten Tribunals der Völker über aufgezwungene unnütze Großprojekte in Europa am 26. Oktober 2016 in Straßburg. Im gleichen Jahr beteiligten wir uns sowohl inhaltlich als auch an den Vorbereitungen der TTIP-Demo in Stuttgart. Ebenso engagiert waren wir am Internationalen Tag gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte am 8. Dezember jeden Jahres (2017 war der 8. Jahrestag) und an den Vorbereitungen der Protest-Tage in Hamburg NoG20.

Wir sind in der internationalen Kontaktgruppe gegen aufgezwungene unnütze Großprojekte, informieren über den Erfahrungsaustausch und wichtige Aktivitäten und Ereignisse und wir organisieren Zusammenarbeit. Eine wichtige Erfahrung durch den Kontakt zu anderen Bewegungen gegen unnütze Großprojekte war für uns, dass die Bewegungen in verschiedenen Ländern gegen verschiedenartige Projekte (Infrastruktur, Bergbau, Fracking etc.) immer wieder mit den gleichen Mechanismen und Argumenten konfrontiert sind, die die dahinter stehenden (Profit-)Interessen verschleiern sollen.«

Gigantische Bauprojekte in der Türkei

An den Stuttgarter Montags-Demos berichtet der Arbeitskreis immer wieder von aktuellen Entwicklungen verschiedener Großprojekte und den Aktionen der Widerstandsbewegungen. So auch am 22. Januar, als Aynur K. einen Überblick über überdimensionierte und umweltschädliche Großprojekte der Regierung Erdoğan gab.

Zum neuen Flughafen für Istanbul sagte sie: »Nördlich von Istanbul wird momentan der größte Flughafen der Welt aus dem türkischen Boden gestampft. Wenn er wie geplant Ende 2018 fertig ist, sollen dort bis zu 150 Millionen Passagiere pro Jahr abgefertigt werden. Zum Vergleich: Am Frankfurter Flughafen wurden 2015 rund 61 Millionen Fluggäste gezählt. Verkehrsminister Lütfi Elvan erklärte großspurig: ›Wir haben die Welt überholt, in der Luft kennen wir keine Konkurrenten.‹ In einem Bericht der Umweltverträglichkeitsprüfung heißt es, dass sich derzeit 2,5 Millionen Bäume auf dem Baugelände des dritten Istanbuler Flughafens befinden. Mehr als 650.000 werden abgeholzt. Bei Protesten sagte Erdoğan zu den Demonstranten: ›Geht und lebt im Wald!‹«

Die Demorednerin berichtete außerdem vom riskanten Bau eines Bahntunnels unter dem Marmarameer, vom riesigen Präsidentenpalast als ›steingewordener Machtdemonstration‹ und vom neuen Brückenschlag zwischen Europa und Asien in Istanbul, die den Staat rund drei Milliarden US-Dollar gekostet haben soll: »So entsteht eine ganze Reihe von Großprojekten, mit denen sich der Mann vom Bosporus unsterblich machen will.«

Erfolgreicher Widerstand im Gezi-Park

Aynur machte jedoch auch etwas Hoffnung, indem sie von einem Erfolg berichtete, bei dem es einer Bewegung von »Bürger_innen gelang, ein Großprojekt zu verhindern. Den Istanbuler Gezi-Park wollte die Regierung mit einem Einkaufszentrum bebauen lassen. Daran entzündeten sich landesweite Proteste. Der inzwischen weltberühmte Park am Taksim-Platz ist bis heute eine Grünfläche. Die Pläne, diesen Park zuzubauen, hat die Regierung jedoch bis heute nicht aufgegeben.«

Infos:
https://stuttgart21ueberall.wordpress.com/
http://www.schaeferweltweit.de/blogarchiv/demoreden-archiv/

NANTES (F): UNNÖTIGES FLUGHAFENPROJEKT NOTRE-DAME-DES LANDES

Widerstands-Bewegung feiert Projekt-Aus

▲ 17. Sommertreffen der Widerstandsbewegung 2017: Von unseren Feldern zur ganzen Erde: Widerstehen, handeln, leben Foto: ACIPA/ZAD

Seit mehr als zehn Jahren wehren sich lokale BäuerInnen und BesetzerInnen gegen das zerstörerische, unnötige Flughafenprojekt in der Nähe von Nantes. Mitte Januar lenkte die französische Regierung ein und stoppte das Projekt (vgl. Infokasten) Eine solidarische ehemalige Abgeordnete beschrieb Ende Dezember die Stimmung in der besetzten ZAD (»zone à defendre«) vor dem Regierungsentscheid.

FRANÇOISE VERCHÈRE, NANTES

»Die ZAD evakuieren«: Drei Wörtchen, die in allen Tonlagen wiederholt werden, und die doch die Verwirrung vergrößern und einen gewaltlosen Ausgang aus der Sackgasse von Notre-Dame-des-Landes verhindern sollen. Kaum war der (von der neuen Regierung angeforderte) Bericht der Schlichter zum Projekt des neuen Flughafens abgegeben und analysiert – und manchmal deformiert, – schon wandten sich viele Medien dem einzigen Thema zu, das ihnen wichtig scheint, ganz gleich, wofür die Regierung sich entscheidet: die Evakuierung der ZAD.

Weggefegt ist der eigentliche Grund der Ermittlung, das heißt, der nun endlich erbrachte Beweis, dass beim Entscheidungsprozess schon seit 2003 mit gezinkten Karten gespielt wurde: Denn die Alternative, den Flughafen Nantes-Atlantique zu optimieren, war gar nicht untersucht worden und der Planfeststellungsbescheid beruhte auf Lügen – pardon, auf »irrigen Feststellungen« (Seite 19 des Schlichter-Berichts).

Vergessen ist auch der Schlichter-Vorschlag, den Verhandlungen Zeit zu lassen, damit die interessantesten Erfahrungen auf einem Gelände, das wieder seiner landwirtschaftlichen und natürlichen Bestimmung zugeführt würde, fortgeführt werden könnten. Zu technisch? Oder zu politisch, weil das Thema zu der Fragestellung über Macht führen müsste? Macht, die für die Bürger entscheidet, aber ihre eigenen Entscheidungen mit dem Schleier der fabelhaften »partizipativen Demokratie« verbrämt, mit viel öffentlicher Diskussion, öffentlichen Umfragen, Bürgen und Schiedsrichtern? Jedenfalls wäre das pikant genug. Was schöne Fotos, schöne Fernseh-Reportagen zu Nachrichtenzeiten, schöne Reden über die Ordnung des Rechtsstaats brächte, wäre der Zusammenstoß zwischen den Ordnungskräften und den Landstreichern, Ganoven, Gewalttätern, den ZADisten.

Rechtsfreie Zonen gibt es überall in Frankreich

Also spricht man von »Evakuierung – wie immer die Entscheidung über den Flughafen ausfällt«. So, wie man im Juni 2016 von »Referendum« sprach, als es sich um eine Meinungsumfrage handelte. Man benutzt ein und dasselbe Wort für zwei verschiedene Gegebenheiten und verschlimmert die Sache für alle Welt, indem man die Dinge nicht beim rechten Namen nennt.

Evakuierung wäre es natürlich, wenn die Regierung trotz allem beschließen sollte, den neuen Flughafen zu bauen, die Evakuierung aller, der Landwirte, der alten und der neuen Bewohner, der Kühe und der Wassermolche, nicht zu vergessen der Tausende von Unterstützern, die mit umso mehr Unverständnis und Wut kommen werden, da man heute weiß, dass die Zerstörung dieser so wertvollen Landschaft unnötig ist. Evakuierung, für die ein teurer Tribut zu zahlen wäre: die Zerstörung aller Wohnräume und die Zubetonierung des Geländes.

Wenn die Regierung jedoch beschließt, dieses schlechte Projekt zu stoppen, ändert sich der Status der ZAD – der zu verteidigenden Zone – auf der Stelle. Denn dann entfiele der Grund, die 1.600 Hektar vor der Zerstörung zu verteidigen. Kein Grund mehr für Straßensperren. Die Wege sind jetzt schon offen für jedermann, die einzige Straße, für die das gegenwärtig nicht gilt (ein Überbleibsel der Episode der »Operation Caesar«), wird dann logischerweise wieder frei gegeben, denn die Freizügigkeit ist ein jedem zustehendes Recht, ob ZADist oder nicht. Aber was werden die Verfechter von Recht und Ordnung sagen zu den illegalen Hütten, den Ganoven, die illegal Land besetzen, das ihnen nicht gehört?

Ja, sie leben in der Tat in der Illegalität, wie so viele andere in Frankreich und Navarra. Welcher Bürgermeister – ich weiß das aus eigener Erfahrung – hat nicht zu tun mit Schwierigkeiten wegen illegalen Parkens und/oder illegalen Bauten? Die Bocage-Landschaft ist doch nicht die einzige rechtsfreie Zone, wo eingegriffen werden muss. Recht und Ordnung überall wieder herzustellen ist ein weites Feld…

Ich hoffe, jeder wird mir zustimmen, dass in einem Rechtsstaat ein Eingriff nur von der Justiz genehmigt werden kann. Es ist also nicht möglich, im Januar, wenn alle Geschäfte ruhen, die Truppe loszuschicken und die ZAD zu säubern, weil das nicht legal wäre. Und anschließend zu gestehen, dass die gleiche Strenge für alle Squatter gelten soll, für alle Gesetzesübertretungen, Caravans und Jurten ohne Genehmigung, schöne Residenzen mit Anbauten ohne Baugenehmigung, der Besitzer der Erdre-Ufer (des schönsten Flusses von Frankreich, der in Nantes fließt), die allen Gesetzen zum Trotz das Durchgangsrecht auf ihrem Grundstück verweigern. (Man muss dazu sagen, das sind die Guten, die nach dem Gerichtsurteil die Zwangsgelder bezahlen können…).

Die Erfahrungen der ZAD …

Als ehemalige Abgeordnete weiß ich um die Schwierigkeit, im Zusammenleben das Gleichgewicht zu respektieren. Ich habe Jahrzehnte damit verbracht, die Notwendigkeit von Regeln zu erklären und mich »zugleich«, wie man heute sagt, dem Zwang der Realität zu stellen, um annehmbare Lösungen zu finden.

Die ZAD wurde geboren aus dem Willen, ein Gelände gegen die Lügen und den schuldhaften Eigensinn der Befürworter des Flughafenprojekts von Notre-Dame-des-Landes zu verteidigen; sie hat erlebt, wie schöne Erfahrungen entstehen und wachsen, auch wenn es manchem nicht passt, der darüber redet, ohne wirklich etwas von diesem Lebensraum zu kennen. Diese Erfahrungen der Produktion, der Solidarität, der verschiedenen Beziehungen zur Natur und zu den anderen haben ihren Platz in einer friedlicheren Zukunft.

… für einen Platz in einer friedlicheren Zukunft

Weil ich weder naiv bin noch ein Engel, sage ich auch, dass es auf dem Gelände der ZAD Leute gibt, mit denen ich keinen Tag und keine Stunde verbringen würde, ebensowenig wie mit einer Menge anderer Leute, die anscheinend in jeder Beziehung »die Guten« sind (Namen werden nicht genannt…). Aber ich sage, dass es auch andere Bewohner der ZAD gibt, viele andere, wo ich stolz wäre, wenn die Jüngeren meine Kinder wären, weil ich sie bewundere wegen ihrer Kreativität und ihrer Werte. Ich stelle auch fest, dass jeder Tag uns einen Haufen Lokalnachrichten bringt, über Nantes und Umgebung, manchmal sehr triste, dass ich in den Straßen immer mehr Bettler und immer mehr offensichtlich Kranke und Arme sehe. Und dazu die allgemeine Gleichgültigkeit. Unser kollektives Leben scheint mir stärker bedroht durch diese Wirklichkeit und unsere kollektive Unfähigkeit, als durch das, was in der ZAD stattfindet.

Zur Schöpferkraft des Wortes: Weil man immer davon sprach, dass der Irak angeblich »Massenvernichtungswaffen« hatte (das wusste man, man wiederholte es aus sicherer Quelle, man glaubte daran, also war es wahr, oder etwa nicht?), hatten wir den Krieg. Letztlich kam die Wahrheit doch noch ans Licht: es gab keine Massenvernichtungswaffen. Sollte das nicht eine Mahnung sein für die Leute, die die ZAD als Schlupfloch für Quasi-Terroristen darstellen?

Ich möchte, dem Kalender ein bisschen vorauseilend, den Wunsch formulieren, dass die Regierung dieses zerstörerische und unnütze Projekt aufgibt, dass sie Klarsicht und Realismus beweist und Zeit gibt, um vor Ort die besten Lösungen zu finden. Wer außer Verrückten, Pyromanen oder gewissen Zeitungen kann allen Ernstes vertreten, dass die Republik dadurch gefährdet würde?

Projekt-Stopp:

Aufbau der ZAD fortsetzen

Am 17. Januar hatte die französische Regierung die Aufgabe des Flughafens Notre-Dame-des-Landes angekündigt. An demselben Tag veröffentlichte die Anti-Flughafen-Bewegung ein gemeinsames Communiqué (Auszug): »Wir stellen fest, dass die DUP (déclaration d'utilité publique = Erklärung des öffentlichen Nutzens) offiziell nicht verlängert wird. Das Projekt wird endgültig am 8. Februar null und nichtig sein. Dies ist wohl ein historischer Sieg gegen ein destruktives Entwicklungsprojekt. Dies wird möglich dank einer langen Bewegung, die so engagiert wie verschieden ist. Vor allem möchten wir alle diejenigen herzlich grüßen, die in den vergangenen 50 Jahren gegen dieses Flughafenprojekt mobil gemacht haben. In Bezug auf die Zukunft der ZAD weist die ganze Bewegung heute erneut auf Folgendes hin:

- **Die Notwendigkeit für die enteigneten Bäuer*innen und Bewohner*innen, ihre Rechte so schnell wie möglich vollständig wiedererlangen zu können.**
- **Die Ablehnung jeglicher Vertreibung derjenigen, die in den letzten Jahren im Wald eingezogen sind, um ihn zu verteidigen, und die weiter dort leben und sich darum kümmern wollen.**
- **Ein Wille, das Land der ZAD langfristig durch die Bewegung in ihrer ganzen Vielfalt zu übernehmen - Bäuerinnen, Naturschützerinnen, Anwohnerinnen, Vereine, alte und neue Bewohnerinnen.**
- **Um dies zu erreichen, müssen wir die institutionelle Umverteilung von Land einfrieren. In Zukunft soll dieses Gebiet ein Bereich für soziale, ökologische und landwirtschaftliche Experimente bleiben können. (…)**
- **Wir wünschen uns auch, an diesem denkwürdigen Tag eine starke Solidaritätsbotschaft an andere Kämpfe gegen zerstörerische Großprojekte und für die Verteidigung bedrohter Gebiete zu richten.**
- **Wir rufen dazu auf, am 10. Februar zahlreich in den Wald zu kommen, um die Aufgabe des Flughafenprojektes zu feiern und um den Aufbau der Zukunft der ZAD fortzusetzen.«**

ANZEIGE

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • **www.ossietzky.net**

DONOSTIA/SAN SEBASTIAN (BASKENLAND): ZERSTÖRERISCHER METROTUNNEL

Zauberhafter zentraler Sandstrand bedroht

Das Metroprojekt in der baskischen Stadt Donostia (spanisch San Sebastian) liest sich wie eine Blaupause des Immobilien- und Infrastrukturprojekts Stuttgart21: Mitten in der Stadt unterhalb des zentralen Sandstrands soll eine neue Metrolinie gegraben werden. Ein aktueller Brief von einem Aktivisten der Widerstandsgruppe Satorralaia zeigt das Hin und Her der unterschiedlichen Regierungen, sowie die Proteste auf.

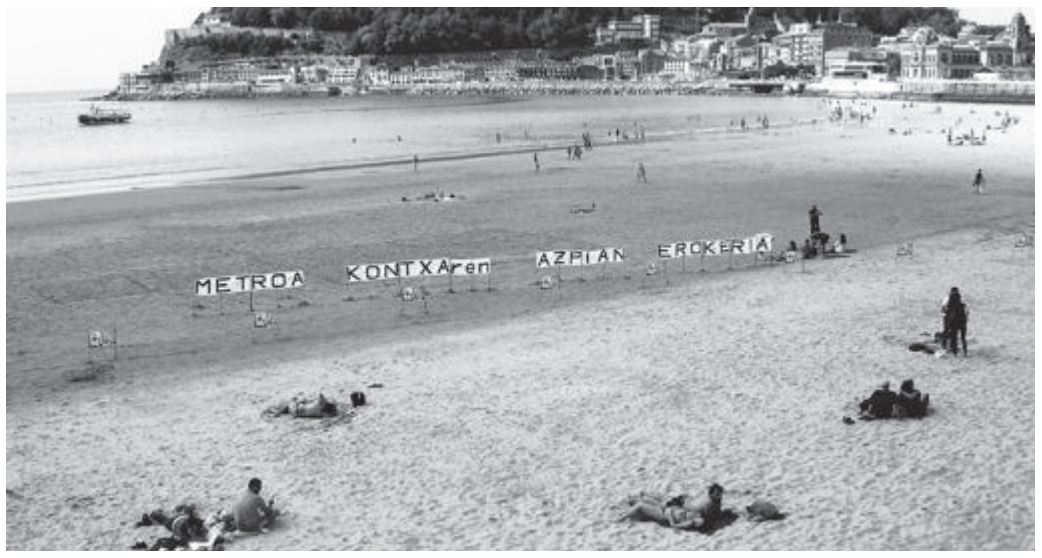
HARRY STÜRMER, DONOSTIA

Der aktuelle Stand sieht so aus, dass die baskische Regierung Ende Dezember die letzten (Zwangs-)Enteignungen vollzogen hat, die sie für den Streckenverlauf der U-Bahn, die Stationen, Ausgänge etc. benötigt. Der weitaus größte Teil davon war bislang Grundbesitz der Stadt, deren Regierungsvertreter_innen die entsprechenden Dokumente problemlos unterschrieben haben.

Bei dem Privatbesitz gab es ein Haus, dessen Bewohner_innen sich geweigert haben, die Papiere zu unterschreiben, die sie verpflichten, während der nächsten vier Jahre keinerlei Arbeiten an Haus oder Garten vorzunehmen, da unter ihrem Haus ein Tunnel gegraben wird. – Aber so was hält die Behörden natürlich nicht auf.

Genausowenig wie das Umweltgutachten, das nach Meinung unserer Anwältin ungültig, weil verjährt ist. Wir haben dagegen geklagt und das Verwaltungsgericht hat die Klage zugelassen. Ab Februar erfolgt die Beweisaufnahme. Nach jetzigem Stand ist der ausstehende Verwaltungsprozess die einzige bürokratische Hürde, die die U-Bahnbetreiber rechtlich noch überwinden müssten. Trotzdem haben sie aber Ende November schon mal mit dem Abholzen von rund 100 Bäumen an zwei Stellen begonnen, von wo aus sie sich unter die Erde graben wollen.

Die baskische Regierung und der Betreiber stehen auf dem Standpunkt, dass das Gutachten von 2012 gültig ist, das erstellt wurde, als PSOE und PP nach der Illegalisierung der linksnationalistischen Batasuna-Partei die Mehrheit im Parlament erhalten hatten und die Regierung stellten, die das U-Bahn Projekt damals schon umsetzen wollte.



▲ Transparent von der Strandaktion in Donostia/San Sebastian (übersetzt): »Eine U-Bahn unter dem La-Concha-Strand – Was für ein Wahnsinn!« Foto:Patricia Alonso

Allerdings war der Streckenverlauf damals anders geplant und sollte nicht unter dem Strand entlangführen. Die PNV – konservativnationalistisch – sprach damals von einem »pharaonischen« Projekt, das man ohne Bürgerbeteiligung nicht durchführen könne …

Vorgeschichte

Unter Federführung der baskischen PSE (die sich immer noch »sozialistische Arbeiterpartei« nennt) wurden dann erstmal 1,3 Millionen Euro locker gemacht, um entlang der ganzen Strecke des Regionalzugs Euskotren (eine Art S-Bahn) die Stationen neu zu beschriften mit »Metro Donostialdea« (U-Bahn im Gebiet rund um Donostia).

Der Euskotren wird im Volksmund »topo« (Maulwurf) genannt, weil er zahlreiche Tunnel durchquert, auf baskisch »Sator«. Daher kommt der Name unserer Initiative »Satorralaia«, was »der fröhliche Maulwurf« bedeutet. Dieser Zug fährt bisher vom französischen Grenzort Hendaye über Donostia bis Lasarte. In Donostia gibt es mehrere normale Stationen sowie einen Kopfbahnhof, der etwa 400 Meter vom kommerziellen Zentrum und 600 Meter vom Hauptstrand »La Kontxa« entfernt ist.

Ein Jahr vorher, 2011, hatte es Wahlen zum Rathaus und zur Provinzregierung Gipuzkoa gegeben. Seit langer Zeit durften hier erstmals die Linksbasken als legale Partei kandidieren und gewannen im Rathaus, wie in der Provinzregierung die Wahlen, wo sie jeweils eine Minderheitsregierung stellten und sich z.B. klar gegen die Geldverschwendung beim U-Bahn-Bau aussprachen.

Die Umzäunung wurde dann klammheimlich wieder abgebaut, die Firmen entschädigt und nichts weiter passierte, bis 2015 bei den nächsten Wahlen eine Koalition aus PNV und PSE im Rathaus und in der Provinz die neue Regierung stellen konnte.

Einen Monat nach dieser Wahl sickerte über die rechte baskische Presse durch, dass das U-Bahn-Projekt quer durch das Stadtzentrum von Donostia mit einigen Veränderungen (weniger Stationen, anderer Streckenverlauf unter dem Strand entlang) wieder aufgenommen werden sollte.

Protest auf der Straße

Wir machen seit über zwei Jahren jeden Mittwoch eine Protestkundgebung im Stadtzentrum (je nach Witterung zwischen 20 und 40 Personen), wo wir Informationsmaterial verteilen. Dabei treffen wir immer noch auf Leute, die nichts von dem Projekt wissen bzw. es nicht wahrhaben wollen. »Das ist doch absurd« … »Das werden die doch nie machen, weil sie überhaupt kein Geld haben« … und ähnliches sind häufig gehörte Kommentare.

Gemeinsam mit verschiedenen Gruppen haben wir am 18. November unsere bislang größte Demo inklusive Umzingelung des Rathauses mit rund 3.000 Personen organisiert (unser Städtchen hat 180.000 Einwohner_innen). Viele andere soziale Gruppen haben uns dazu gratuliert. Wir sind allerdings immer noch unzufrieden, da man nach den Meinungsäußerungen auf der Straße eigentlich erwarten müsste, dass zigtausende gegen diesen Wahnsinn auf die Straße gehen.

Infos:
https://satorralaia.wordpress.com/ (baskisch/spanisch)
https://stuttgart21ueberall.wordpress.com/tag/stop-metro-ari/

FEHMARN: UNNÖTIGES TUNNELPROJEKT BEDROHT URLAUBSREGION

Flagge zeigen gegen Nord-Europas größte Baustelle

Vier geplante Betonröhren für den Straßen- und Schienenverkehr zwischen Mitteleuropa und Skandinavien bedrohen die Ostsee. Doch Anwohner_innen in der Urlaubsregion am Fehmarnbelt kämpfen gegen das Projekt und auch gegen die Tricks der Behörden.

UTE BERTRAND, HAMBURG
UND BELTRETTER

Aus Protest gegen die geplante Untertunnelung des Fehmarnbelts in der Ostsee hatten sich Robin-Wood-Aktivist_innen kurz vor der Bundestagswahl von der Fehmarnsundbrücke zwischen dem schleswig-holsteinischen Festland und der Insel Fehmarn abgeseilt. Sie spannten dort ein Transparent mit der Aufschrift »Beton-Tunnel wird WAL-URNE«. Hier zeigte sich wieder einmal, wie eine Vernetzung von Widerstandsprojekten Früchte tragen kann, stammte doch die Idee zum Transparent vom Grafiker Uli Stübler aus Stuttgart, der auch das »Oben Bleiben«-Logo entworfen hatte.

Begleitet wurde die Aktion vom Traditionssegler Lovis, der ein Banner mit dem Slogan »Tunnel stoppen – Ostsee schützen« hisste, und von Aktivist_innen des Bündnisses Beltretter.

Mit einer Länge von 18 Kilometern wäre der Fehmarnbelt-Absenktunnel weltweit der längste Straßen/Schienen-Tunnel. Er soll von Puttgarden auf Fehmarn nach Rödby auf der dänischen Insel Lolland führen. Geplant sind vier Beton-Röhren, in denen vier Autobahnspuren und zwei Eisenbahntrassen verlaufen. Zum Projekt gehört zudem ein massiver Ausbau der Schienen- und Straßen-Hinterlandanbindungen auf beiden Seiten. Das Ziel des milliardenschweren Projekts: mehr Güterverkehr zwischen Skandinavien und Mitteleuropa schaffen!

Umwelt und Anwohner_innen schützen

»Zum Schutz von Klima, Umwelt und Anwohner_innen brauchen wir weniger statt mehr Verkehr«, sagte Monika Lege, Verkehrsreferentin von Robin Wood. Das Projekt ist längst nicht in trockenen Tüchern. Die Finanzierung wackelt, weil – wie im Sommer bekannt wurde – der Betreiber seine überzogenen Bedarfs-Prognosen für den Güterverkehr massiv nach unten korrigiert hat: von 74 Güterzügen pro Tag auf 17!

▲ Aktion von Robin Wood kurz vor der Bundestagswahl mit dem Transparent »Betontunnel wird WAL-URNE« Foto: Tim Christensen

Für das Ökosystem Ostsee wäre der Tunnelbau eine Katastrophe. Ein riesiger Unterwassergraben müsste ausgehoben werden – mitten in einem Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebiet. Der Meeresgrund würde über mindestens sieben Jahre großflächig aufgewühlt. Diese Sedimentaufwirbelungen würden die Tier- und Pflanzenwelt zerstören. Hinzu kommt der Unterwasserlärm während der Bauarbeiten. Schon die Messungen zur Planung beeinträchtigten die Schweinswale, die den Fehmarnbelt auf ihren Wanderungen regelmäßig durchqueren. Durch die Bauarbeiten würden sie aus der Region vertrieben.

Kampf gegen Verfahrenstricks

Ende des letzten Jahres hatten die durch das blaue Andreaskreuz bekannten Beltretter in einem Brief an drei involvierte Landesminister ihren Widerstand gegen das Projekt begründet:

»Fehmarn ist nicht nur unsere Heimat, auf die wir stolz sind und in der die Familien der Menschen teilweise seit vielen Generationen leben. Fehmarn ist auch ein Paradies für Touristen, die Natur und Ruhe lieben. Und diese Touristen sind ein elementarer Wirtschaftszweig – auf Fehmarn wie in ganz Ostholstein. Warum Unmengen von Steuergeldern für ein unsinniges Prestigeprojekt verschwenden, dessen Nutzen weiterhin absolut fragwürdig ist?«

Den Beltrettern haben sich auch einige Unternehmer angeschlossen, die »niemals auch nur einen Euro in ein so riskantes Projekt investieren« würden. Die Beltretter fordern daher, aus dem Staatsvertrag mit Dänemark auszusteigen.

Im Januar 2018 dann die dreiste Überraschung der schleswig-holsteinischen Landesregierung, das die Beltretter erbost kommentierten: »Will uns der Kieler Verkehrsminister veräppeln? Das gerade gestartete zweite Planänderungsverfahren zum Belttunnel ist eine einzige Farce. Da werden die Sorgen der Betroffenen und ihre Rechte mit Füßen getreten! Vor wenigen Tagen erst wurden Gemeinden und Umweltverbände informiert. Nicht aber Betroffene, Anwohner und die Öffentlichkeit.«

Außerdem hatte das Verkehrsministerium die Frist für Stellungnahmen und Widersprüche drastisch auf zwei Wochen verkürzt – und dies bei Planänderungsunterlagen mit mehreren tausend Seiten!

Info:
www.beltretter.de
www.robinwood.de

ANZEIGE

lunapark 21

Heft 40, Sezial: Unabhängigkeit Kataloniens +++ Interview mit G. Serra (CUP) +++ Unabhängigkeit warum? +++ Warum jetzt? +++ Wirtschaftliche Gründe & Folgen der Unabhängigkeit +++ Die Beteiligten in Katalonien +++ Selbstbestimmungsrecht auch für Katalanen & Katalaninnen +++ Ausnahmezustand in Katalonien +++ Das dröhnende Schweigen in Brüssel & Berlin

4 x im Jahr. 72 Seiten. *Einzelheft* Deutschland/Österreich 6,50 Euro Schweiz 9,90 CHF Benelux 6,90 Euro (jew. zzgl. Porto) *Normalabo* = 4 Hefte/Jahr Deutschland/Österreich 26,00 Euro/Jahr *Abo PLUS* = 4 Hefte plus 2 LP21-Extra Hefte zu Schwerpunktthemen 35 Euro. **Probeheft & Abo:** *per E-Mail* abo@lunapark21.net · *per Post* AVZ · Storkower Str. 127a, 10407 Berlin · *per Telefon* (= AVZ) 030 - 42804040

www.lunapark21.net

WIEN: KLIMADEBATTE RUND UM DIE DRITTE STARTBAHN

Von Störungen, zivilem Ungehorsam bis zum Systemwandel?

Im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die geplante dritte Startbahn am Flughafen Wien stellen sich einige grundsätzliche Fragen. Die Autorin beleuchtet die selbstkritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Protestformen. Sie ist aktiv bei der österreichischen Gruppe »System Change, not Climate Change!«.

MAGDALENA HEUWIESER, WIEN

▲ Hier ist die rote Linie, hier ist Schluss mit schmutzig, so die Aussage der Aktionen am Flughafen Wien-Schwechat. Foto: Christian Bock

Warum tun wir so wenig, obwohl wir über die Brisanz der Klimakrise wissen? »Wir sind die erste Generation, die wirklich die Auswirkungen des Klimawandels spürt und die letzte, die etwas dagegen tun kann«, heißt es in dem Film »Disruption«. Ich glaube zwar nicht, dass wir die letzten sind, sondern dass die Anstrengungen stets weitergehen werden. Dass es ein konstanter Kampf sein muss, den Zugang zu den übrigen Lebensgrundlagen gerecht zu verteilen, die Auswirkungen zu minimieren, angepasste solidarische Lebensweisen zu finden und zu leben – ein stetes Ringen um »Klimagerechtigkeit«.

Aber die Brisanz bleibt. Je schneller und massiver wir Treibhausgase reduzieren, desto kleiner ist die Gefahr der »Tipping Points«, also Umkipppunkte, an denen sich der Klimawandel eigendynamisch noch mehr beschleunigt. Zum Beispiel, weil Permafrostböden auftauen und massive Mengen Methan in die Luft freilassen, oder sich Meeresströmungen ändern.

Es gibt sie, denen klar ist, dass die Lösung des Klimaproblems und vieler weiterer Krisen in der Überwindung unseres auf Wachstum, Wettbewerb und sich selbst beschleunigenden (Finanzmarkt-)Kapitalismus liegt. »System Change, not Climate Change!« ist sowohl zentrales Motto der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung als auch der Name der österreichischen Aktivist*innen-Gruppe. Die große Frage ist: Wie? – Wie schaffen wir es, die Brisanz zu verdeutlichen, unserer Meinung Gehör zu verschaffen, uns durchzusetzen? Es gibt natürlich auch viele weitere Fragen, wie das »Was«, das »Wohin«, aber kümmern wir uns in diesem Artikel mal um das »Wie«!

Störung - Unterbrechung - Aufbruch

So richtig gut ist keine der deutschen Übersetzungen für »disruption«. Es ist nicht nur der Titel des oben genannten Filmes, der erzählt, wie die marginale Klimabewegung in den USA es schaffte, an einem X-beliebigen Tag im Vorfeld des Pariser Klimagipfels einen »People's Climate March« auf die Beine zu stellen, der rund 400.000 Menschen stark war. Unzählige zivilgesellschaftliche Organisationen, reformistisch bis radikal, schlossen sich dafür zusammen, hielten Organisierungstreffen in ihren Städten ab, und brachten ihre kreativen Aktionsideen in das Gesamtbild ein. Am Ende war die Nachricht nicht mehr »System Change« und auch sonst nicht sonderlich radikal, aber das Ziel war erreicht: Viele »normale« Menschen zu motivieren, aktiv zu werden, auf die Straße zu gehen – und die Medien, Politik und Öffentlichkeit zu erreichen.

»Disruption« ist auch die Agenda der Vernetzungsplattform der europäischen Bewegung für Klimagerechtigkeit »Climate Justice Action«. »Disruption« als Aktion(en) mit dem Ziel, das »Business as usual« zu unterbrechen. Ein Bruch kann Aufbruch bedeuten, kann Aufmerksamkeit auf sich ziehen und die Debatte verändern, kann eine Diskussion darüber anregen, wie es denn auch anders, ohne »Business as usual«, gehen könnte.

Streik - Blockade - ziviler Ungehorsam

Die häufigste Form der »Disruption« sind Arbeiter*innenstreiks. Doch leider ist die Zusammenarbeit zwischen Klimabewegung und Gewerkschaften gerade noch marginal, die (kurzfristigen) Interessen sind häufig gegenläufig. Also selber machen. Das beste und bekannteste Beispiel der Klimabewegung ist »Ende Gelände«: das kurzfristige Lahmlegen riesiger Braunkohle-Tagebaue durch direkte Massenaktionen.

Warum hat man sich für zivilen Ungehorsam entschieden? »Es kann nicht sein, dass es ›legal'‹ ist, für den Kohleabbau Dörfer und Wälder abzubaggern und durch die Verbrennung von Kohle die Klimakrise zu befeuern. Wenn die Gesetze die Zerstörung von Lebensgrundlagen schützen, dann müssen wir uns über sie hinwegsetzen – in unseren Augen ist unser Handeln legitim!«

Und zwischen »legal« und »legitim« sind oft Welten Unterschied. Im Herbst 2017 organisierte die Grazer »System Change, not Climate Change!« Lokalgruppe den Kongress für zivilen Ungehorsam »Disobedience«. Schließlich war gerade auch in Graz die Notwendigkeit da, nach der absolut undemokratischen Durchsetzung des Mur-Wasserkraftwerkes und verschiedenen ›legalen‹ Versuchen, das absurde Projekt zu stoppen, mittels Bagger-Blockaden die Baustelle zu verzögern, Sand ins Getriebe und Zucker in den Tank zu leeren.

Ziviler Ungehorsam ist kein Patentrezept

Waren die Aktionen erfolgreich? Das Murkraftwerk wird trotzdem gebaut, der Hambacher Forst ist weiterhin bedroht und der Braunkohlestopp in Deutschland steht noch aus. Trotzdem: Der Betrieb wurde tatsächlich für ein paar Stunden gestört, es gab ökonomische Verluste für die Betreiberfirmen. Sie inspirieren zum längerfristigen Engagement und zur Kreativität, sind ansteckend, so dass auch in anderen Ländern die Klimaproteste lauter werden. In Österreich wird zumindest in bestimmten Szenen der Widerstand mutiger, es wird erprobt, was machbar ist, wie Rechtshilfe geleistet werden kann, und die gesammelten Erfahrungen führen hoffentlich zu weiteren größeren und effektiven »Unterbrechungen« des Systems und dem Ermöglichen von Neuanfängen.

Vor allem aber sind Aktionen wie Ende Gelände symbolisch von großer Bedeutung. Wenn die Klimabewegung zu den Orten der Zerstörung geht, richtet sie den öffentlichen Blick auf die Wurzeln der Krise. Es war eine bewusste Entscheidung, nicht mehr nur zu den Klimagipfeln zu mobilisieren, sich nicht nur nach deren Zeitplan zu richten, sondern eigenes ›Agenda-setting‹ zu betreiben. Dennoch macht es strategisch Sinn, die Eigendynamik der Presse nicht zu ignorieren und den Medien dann kritischen Lese- und Foto-Stoff zu liefern, wenn sie danach suchen. So war die Resonanz der Ende-Gelände-Aktion im November rund um die COP 23 deutlich höher als im August. Und der Kohleausstieg wird endlich ernsthaft diskutiert und kann nicht mehr lange ausgesessen werden.

Doch nicht immer macht ziviler Ungehorsam Sinn. Beim derzeit größten Klima-Kampf in Österreich, dem Widerstand gegen den Bau einer dritten Piste am Flughafen Wien, stehen wir immer wieder mit unserer Kreativität an. Flughäfen sind extrem sensible Orte – Panik auszulösen wäre absolut kontraproduktiv. Während in London die Gruppe »Plane Stupid« Flugpisten besetzt, machen wir Kundgebungen, Fahrradtouren und zahme, aber aussagekräftige Flash-Mobs im Terminalgebäude oder auf der Fläche der dritten Piste. Wenn jedoch möglicherweise bald der Baubeginn ansteht, wird zu überlegen sein, ob wir inzwischen dafür gerüstet sind, die Klimacamps auch auf nicht genehmigten Flächen durchzuführen – und möglicherweise einfach zu bleiben.

Info: http://systemchange-not-climatechange.at/de/wien/

STRASBOURG (ELSASS, F): UNNÜTZES UND AUFGEZWUNGENES AUTOBAHNPROJEKT

»On ne lache rien – wir geben nicht auf«

Gegen das unnütze und aufgezwungene Großprojekt eines Autobahnteilstücks (kurz GCO) durch den elsässischen Auenwald bei Strasbourg hat sich entschiedener Widerstand der örtlichen Bevölkerung gebildet. Sie sind überzeugt: Gemeinsam ist eine Zukunft ohne GCO möglich.

AK S21 IST ÜBERALL, STUTTGART

Die AktivistInnen der elsässischen Bürgerbewegung haben das Waldgebiet (ein Ausläufer der Parkanlagen des Kolbsheimer Schlosses) beim ersten Protest-Festival vor einem Jahr feierlich zum Schutzgebiet erklärt. Sie beziehen sich auf die indischen Bishnoï, die auf ihrem Gebiet radikal für den Schutz der Bäume eintreten – als Zeichen der Entschlossenheit.

Die Idee einer Umgehungsstraße über die elsässischen Dörfer nach Strasbourg stammt aus den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, wurde mehrfach nicht weiter verfolgt. Frankreichs Expräsident Hollande kassierte die Pläne der Autostraße nach seinem Amtsantritt, um sie dann sechs Monate später unter neuer Planung wieder an die Öffentlichkeit zu bringen.

Nun ist der private, international tätige Bau-Großkonzern Vinci der Bauherr und Betreiber der Autostraße (er wäre auch Bauherr beim Flughafenprojekt in Nantes gewesen, vgl. Seite 10). Er stand unlängst in Paris vor Gericht, beklagt seiner unmenschlichen Arbeitsbedingungen wegen, die beim Bau von Infrastrukturprojekten in Katar Menschenleben kosteten.

Vinci sucht zur Finanzierung des Straßenprojektes öffentliche Gelder bzw. Zinsvergünstigungen bei Kapitalaufnahme. Jetzt schon wurden ihm aus Fördermitteln zinslose Darlehen der EZB gewährt. Vinci will die Autostraße als Mautstraße betreiben und verspricht sich eine Million Euro Gewinn im Jahr. Er plant die neue Autobahn 55 Jahre lang zu betreiben.

Die Bevölkerung wehrt sich, ist fest entschlossen ihren Lebensraum, ihre Landschaft, ihre Heimat zu schützen. Ortsschilder von Kolbsheim wurden durch Überkleben in »Vinci-geh-heim« umgeändert. Eine Pfarrerin ließ vor der Waldbesetzung zwei Stunden die Glocken läuten.

Aktuelles in französisch: https://gcononmerci.org/

▲ Aufruf zum Protest der Waldmenschen (»Bishnoï«) gegen das Autobahnprojekt bei Strasbourg. Graphik: Gcononmerci

ANZEIGE

DIE SINNE SCHÄRFEN!!! JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de
ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

ENERGIEWENDE

Klimaschutz braucht Kohleausstieg

Ohne Ausstieg aus der Kohle ist das vom Pariser Gipfel vereinbarte Klimaziel von der BRD nicht zu erreichen. Die geplante Neuauflage der Großen Koalition hat es daher bereits aufgegeben. Doch die Aktivist*innen im Rheinischen Braunkohlerevier und im Hambacher Forst geben nicht klein bei. Unsere Fotoseite dokumentiert einige Highlights ihres bisherigen Widerstands. Ein vorläufiger Erfolg ist das Verbot von Baumfällungen der RWE Power in der aktuellen Rodungssaison durch das Oberverwaltungsgericht Münster. Doch die Repression des Widerstands gegen den Braunkohle-Tagebau ist nicht gestoppt: Neun Aktivist*innen kamen am 24. Januar in Untersuchungshaft, weil sie sich einer Wegeräumung im Wald widersetzt hatten.

Ariane Dettloff

Vom 26. März bis zum 08. April werden die Klimaschützer*innen erneut ein Skillsharingcamp im Hambacher Forst veranstalten.

Fotos: Herbert Sauerwein

ANZEIGEN

graswurzel revolution

für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

GWR Nr. 425, Jan. 2018:

Das weibliche Gesicht des Streiks

Probeheft kostenlos: www.graswurzel.net

INTERVIEW ZUM PROJEKT »STIMMEN AFRIKAS«

Die List der Kunst

Christa Morgenrath koordiniert seit 2009 die »Stimmen Afrikas«, ein Bildungs- und Literaturprojekt des Allerweltshaus Köln. Contraste-Redakteurin Ariane Dettloff ist über eine Radiosendung im Rahmen von »alleweltonair«, dem Bürgerfunk aus dem Allerweltshaus, auf das von Morgenrath initiierte, selbst organisierte Projekt aufmerksam geworden und ließ sich von ihr über dessen Aktivitäten informieren.

▲ FESTIVAL »Poetic Voices Africa« in Köln Foto: Herby Sachs

Ich habe einige Jahre in Westafrika gelebt, in Gambia und auch im Senegal.

Die Lust auf Afrika ist bei mir mit durch die Literatur entstanden. Ich habe sehr viel gelesen, was es damals in den 90er Jahren so gab. Ich wollte mit persönlichem Leben erfüllen, was ich mir angelesen hatte. Es war auch die Lust, sich dieses Europa mal von außen anzugucken und zu spüren, wie sich das anfühlt, wenn man draußen ist in der Welt, die sich nicht für den Nabel der Welt hält, und auch, wie es sich anfühlt, »fremd« zu sein.

Wie hat es sich angefühlt?

Sehr reizvoll, sehr spannend. Sehr anstrengend war es aber auch, zu verstehen - wenn man ein tieferes Verständnis bekommen wollte von Kultur und Alltagsvorgängen auf dem anderen Kontinent. Dann kam ich zurück nach Deutschland, hatte ein Kind und keinen Job erst einmal. Zuvor hatte ich am Theater an der Ruhr gearbeitet, als Dramaturgin, auf internationalen Festivals und in internationalen Projekten.

Wie ging es dann weiter?

Mit einem kleinen Kind ist eine Berufstätigkeit nicht einfach. Man sagte Ah! und Oh! Du warst in Afrika? Wie interessant! Aber ich merkte, dass es die Leute gar nicht weiter interessierte. Ich fand die Erfahrung natürlich besonders, sie hat mein Leben stark geprägt und verändert. Nun ja, dann ergab sich diese Gelegenheit im Allerweltshaus, ein literarisches Projekt zu initiieren, und wir – zwei Freundinnen und ich – dachten: Das probieren wir einfach mal. Da konnte ich meine Interessen und meine Neigungen und auch meine Fähigkeiten bündeln, ohne zu ahnen, dass daraus langfristig ein größeres Projekt entstehen würde. Aber als wir gemerkt haben, dass es einen Zuspruch gibt und dass diese Kulturvermittlung tatsächlich einen wichtigen Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit darstellen kann, haben wir angefangen das auszubauen, das heißt, wir haben angefangen Fördergelder dafür zu suchen, um ein kontinuierliches Programm zu machen.

Wo habt ihr Fördermittel gefunden?

Bei der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW. Sie hat uns sehr geholfen über mehrere Jahre. Auch von der Stadt Köln gab es Zuschüsse.

Welche Veranstaltungen möchtest du als Beispiele für das Wirken der »Stimmen Afrikas« nennen?

Wir haben unter anderem auch Ausstellungen gemacht und Podiumsdiskussionen zu politischen Themen organisiert. Ein zentrales Format sind aber weiterhin unsere Autoren-Lesungen. Wir laden Schriftsteller*innen unabhängig von ihrem Wohnort ein. Es ist allerdings auch immer eine Kostenfrage – sie kommen also eher selten aus Kapstadt oder Dakar, sondern beispielsweise aus Paris oder aus London oder aus den USA, wenn sie zufällig gerade in Europa sind.

So hatten wir 2014 auch das Glück, Chimamanda Ngozi Adichie gemeinsam mit dem Literaturhaus einladen zu können. Sie ist eine großartige Erzählerin aus Nigeria, die in den USA lebt. Sie lässt sich nicht unterkriegen in dieser männerdominierten Welt, auch in diesem Trump-Amerika nicht. Für afrikanische Frauen in vielen Teilen der Welt ist sie eine wichtige Identifikationsfigur. Sie erzählt unter anderem Geschichten von Frauensolidarität auch über ein soziales Gefälle, über religiöse Grenzen hinweg, und insofern leistet sie Bedeutendes in der Vermittlung zwischen den Kulturen.

Worauf kommt es euch bei euren Lesungen besonders an?

Wichtig ist es uns immer, die Inhalte des Werks zu präsentieren, aber auch, das Gespräch unmittelbar mit den Künstler*innen und Intellektuellen zu vermitteln. Denn so sind wir Menschen, glaube ich, gestrickt: dass es für einen bleibenden Eindruck sorgt, wenn man einer starken Persönlichkeit begegnet und die Möglichkeit hat, Fragen zu stellen. Unsere Haltung ist immer die gewesen: Ihr Europäer habt immer so tolle Rezepte und Ratschläge für die Menschen aus dem globalen Süden – jetzt hört ihr einfach mal zu, was sie selbst zu sagen haben! Dabei glaube ich persönlich auch an die List der Kunst: in dem Moment, wo das auch in einer schönen Form geschieht, hilft das, sich auf etwas anderes einzulassen. Wenn mir jemand etwas gut und einfühlsam erzählt, bietet das eine Chance, mich dem anzunähern.

Welche Autorenlesung war dafür ein besonders einprägsames Beispiel?

Der 1970 geborene Kameruner Patrice Nganang hat einen sehr starken Eindruck hinterlassen. Er las Passagen aus seinem Roman »Zeit der Pflaumen«. Darin erzählt er das turbulente Schicksal von Bewohnern eines Dorfs im Süden Kameruns. Für sie beginnt der Zweite Weltkrieg im August 1940. Wie sie in die Ereignisse des Krieges hineingeraten, wie sie im Verborgenen ihre Ideen von Protest und Unabhängigkeit vorantreiben, erzählt Nganang in einer sehr bilderreichen Sprache.

In Kamerun mussten die Menschen ja drei Kolonialmächte ertragen: Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Patrice Nganang ist ein brillanter Erzähler mit einem irrsinnigen Humor. Mit ihm waren wir auch an einer Kölner Schule. Denn wenn das Geld dafür da ist und sich der Aufenthalt so bauen lässt, besuchen wir mit unseren Autoren sehr gerne Schulen. Die Schüler*innen reagieren immer ganz begeistert. Denn es ist absolut selten, dass sie Autor*innen aus fernen Ländern kennenlernen können und Geschichten erfahren, die leider im normalen Lehrplan nicht vorkommen.

Welche Aktivitäten unternimmt Stimmen Afrikas außerdem noch?

Wir haben zum Beispiel kürzlich zusammen mit der Afrika-Kooperative Münster ein Buch herausgegeben: den Essayband »Dekolonisierung des Denkens« des kenianischen Schriftstellers Ngugi wa Thiong´ó, der bis dahin nur auf Englisch vorlag. Es geht darin um Sprachpolitik. Wa Thiong´ó war auf seinem gesamten Bildungsweg auf die englische Sprache getrimmt worden. Er fragt sich: Für wen schreibe ich? und plädiert dafür, dass Afrikaner*innen in afrikanischen Sprachen schreiben. Er hat in diesem Essayband darauf aufmerksam gemacht, was die koloniale Sprachpolitik in den Köpfen der Afrikaner*innen bewirkt hat. Der Nigerianer Chinua Achebe dagegen plädierte dafür, das Englische »afrikanisch« abzuwandeln und anzureichern, so dass es in die afrikanische Umgebung passt und doch ein Weltpublikum erreicht.

Es gibt jetzt eine junge Generation, die das Problem wieder aufgreift. Bei unserer Buchvorstellung entspann sich darüber eine spannende Diskussion, in der zum Beispiel Rémi Tchokothe, ein junger Kameruner, klagte: »Man muss sich das mal vorstellen: Wir haben als Kinder in der Schule Weihnachtsgedichte aufsagen müssen mit Schnee und Tannen etc. Wir mussten die Marseillaise singen und – viel schlimmer noch: Wenn Kinder auf dem Schulhof dabei erwischt wurden, dass sie in ihren Muttersprachen redeten, wurden sie geschlagen oder gedemütigt oder bekamen ein Schild umgehängt mit der Aufschrift: »Ich bin ein Idiot.« So etwas passiert manchmal selbst heute noch!

Wie komplex und wichtig diese Thematik ist, zeigen fünf zeitgenössische Autor*innen, die wir dazu eingeladen haben, einen Beitrag in dem Essayband zu schreiben.

Wie war denn das Medienecho auf Eure Veranstaltungen?

Durchweg positiv. Neben Besprechungen und gelegentlichen Interviews in Printmedien gab es auch Rundfunksendungen - über den Deutschlandfunk, den WDR und die Deutsche Welle bis zu »alleweltonair«, dem Radioprojekt des Allerweltshauses. Über das große Poesiefestival, das wir 2014 zusammen mit dem Literaturhaus Köln organisiert haben, wurde sehr breit berichtet. Dafür hatten wir hiesige und afrikanische Autor*innen zusammen auf die Bühne gebracht.

Gibt es weitere Kooperationspartner?

Ja, Kooperation ist für uns enorm wichtig. Neben dem Literaturhaus Köln, der Volkshochschule und der Stadtbibliothek ist zum Beispiel das ethnologische Rautenstrauch-Joest-Museum ein wichtiger Partner. Aber auch mit anderen Afrika-Initiativen in Köln und NRW sind wir vernetzt. Mit dem africologne-Festival 2016 konnten wir zum Beispiel eine Bildungstournee mit dem Theaterstück »Coltanfieber« speziell für Schulen in neun NRW-Städten organisieren und dafür Materialien zur Coltan-Thematik, den damit zusammenhängenden Menschenrechtsfragen und der Ressourcenpolitik etc. erarbeiten.

Welchen Preis habt ihr dafür berechnet?

Wir machen das nicht kommerziell, unsere Preise sind sehr niedrig, zwischen drei und acht Euro. Wir wollen diese Bildungsarbeit auch weiterhin niedrigschwellig anbieten, um sie möglichst breit zugänglich zu machen.

Mir ist es wichtig, dass Kunst nicht nur als luxuriöses Beiwerk betrachtet wird, sondern als etwas Elementares, das uns als Menschen ausmacht, das uns bewegt und begeistert - und zwar nicht nur die, die es sich leisten können, sondern alle, die in die Gesellschaften hinein wirken wollen.

Infos unter: www.stimmenafrikas.de

DER POLITISCHE KRIMI

Gesellschaftskritik im Literaturformat

Eine Contrasteserie von Roman Schweidlenka

Das rote Ferrara: Bis heute eine Stadt des Easy Living, trotz der düsteren Paläste und Burgen, die die ehemalige Herrscherfamilie der Este hinterlassen hat. Vor allem wenn im August das große Straßenmusikfestival der »Busters« in der Stadt mit der mittelalterlichen Kulisse tobt und weit über hundert Musiker und Bands die Stadt beleben, stellt sich der Traum von einer freien, besseren Gesellschaft ein. Doch auch Ferrara hat – so ist zumindest Krimiautor Försch überzeugt - seine dunklen Seiten. Der Po-Krimi (Ferrara liegt nahe des großen Stroms Po), inzwischen einige Jahre auf dem Markt, fand nicht die Beachtung, die er verdient. Der Autor arbeitet subtil die dunklen Schatten hinter sonnenbeschienener Fassade heraus: Für den Profit reichen sich honorige Bürger der Stadt und der Verwaltung gierig die Hände, um korrupte Geschäfte zu tätigen, die den Umweltschutz ignorieren. Als es den Herrschaften an den Kragen geht, tauchen die ersten Leichen auf. Auch wenn es gelegentlich Action gibt und die Hauptfigur, ein neugieriger Journalist, um ihr Leben kämpfen muss, ist die Handlung nicht gerade umwerfend, aber sie entblößt gesellschaftliche kriminelle Pfade, die wir vermutlich in jeder größeren Stadt finden können. Diese Realitätsnähe macht den Krimi lesenswert, ebenso wie die sensiblen Schilderungen der Po-Landschaft, die uns in eine andere, märchenhafte Welt eintauchen lassen. Ein empfehlenswertes Buch, auch wenn die Geschichte ihre Längen hat und an manchen Stellen träge, wie der Po dahin fließt.

Christian Försch: Acqua Mortale, Aufbau Verlag, Berlin

ANZEIGE

REZENSIONEN

Kommune-Roman

Fabrikantensohn Bertram hat andere Pläne als sein Vater und lernt in Afrika seine große Liebe Inge kennen. Elke fühlt sich in der Bremer Frauenszene wohl und provoziert Eltern und Mitschüler mit ihrer neuen Kurzhaarfrisur. Arne reist aus Schleswig-Holstein ins Gorleben-Protestcamp, obwohl er sich eigentlich aufs Abi vorbereiten müsste. Dagmar kommt schwanger von der Klassenfahrt zurück und muss sich gegenüber ihren 68er-Eltern abgrenzen. Christoph ist vor seinem gewalttätigen Vater aus dem Ruhrgebiet zu den Berliner Hausbesetzern geflohen und macht sich Gedanken über den bewaffneten Kampf.

Borstelmann stellt in seinem Roman verschiedene Biografien einer in den 1980er Jahren alternativ sozialisierten Generation aus Westdeutschland nebeneinander. Ihre Wege kreuzen sich, als 1986 in dem fiktiven Ort Bunterode bei Kassel eine Kommune gegründet wird. Dass in genau diesem Jahr auch im Realen, in gleicher geografischer Lage, ein solches Projekt entstand, dürfte kein Zufall sein: Borstelmann hat von 1988 bis 2001 in der Kommune Niederkaufungen, rund zehn Kilometer von Kassel entfernt, gelebt. Wer die Kommune kennt, wird unweigerlich Parallelen zwischen den dortigen und den im Buch beschriebenen Begebenheiten und Personen erkennen.

Auch die im Roman beschriebenen Grundsätze für das neue Projekt (umfassende gemeinsame Kasse, kein Privatbesitz an Grund, Boden und Produktionsmitteln, Wohnen in Gruppen statt als Pärchen oder Kleinfamilie sowie linksalternative politische Ausrichtung) lassen sich im Kaufunger Grundsatzpapier wiederfinden. Der Autor räumt dies ein, warnt jedoch vor einer Gleichsetzung: »Einige der in diesem Buch beschriebenen Ereignisse haben so oder ähnlich stattgefunden, andere insbesondere diejenigen, in denen gegen Gesetze verstoßen wird – sind rein fiktiv«.

Für die Leser ist die gewählte Form durchaus reizvoll: Er wird in die Erzählung hineingesogen, identifiziert sich mit den Personen und erlebt so das Kommuneleben mit all seinen Freuden, Widersprüchen und Schattenseiten, als wäre er selbst dabei. Dabei hat man nie das Gefühl belehrt oder agitiert zu werden und bekommt doch ein umfassendes lebendiges Bild über fast alle Aspekte, die das Leben in Gemeinschaft mit sich bringt. So prallen in der Schreinerei (vermeintlich) männliche und weibliche Ansprüche an die Arbeitswelt aufeinander, Bertrams lokalpolitisches Engagement wird durch beklebte Autos der in die Kommune eingeladenen Ausschussmitglieder erschwert; ein zermürbendes Plenum über die Installation einer Satellitenschüssel und Liebesbeziehungen innerhalb sowie zu Partnern außerhalb der Kommune werden geschildert. Für das Lesevergnügen ist es dabei zweitrangig ob die Geschehnisse tatsächlich wie beschrieben stattgefunden haben. Bei dramatischen Ereignissen, wie einer Vergewaltigung, einem Unfalltod und einem Selbstmord, erleichtert es zudem im Zweifelsfall die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen.

Uwe Ciesla

Sven Borstelmann: Wenn du das Paradies suchst, geh lieber weiter, 388 Seiten, 15,00 Euro, ISBN 978-3-00-057889-2 (Bezug über svenborstelmann2@gmx.de oder in jeder Buchhandlung)

Handbuch für Awareness-Gruppen

Die Praxis steht in diesem Buch im Vordergrund. Wer sich für antisexistische Praxen interessiert und sexistischer Diskriminierung aktiv entgegentreten will, findet hier praktische Tipps. Leser*innen, die sich mit Awareness bislang noch nicht auseinandergesetzt haben, werden es allerdings ein wenig schwer haben: Sowohl der Schreibstil als auch die vorgestellten Konzepte sind mit ein wenig Vorwissen leichter nachzuvollziehen.

Die Autorin versucht trotzdem, alle Leser*innen mitzunehmen und startet mit der Definition aller wichtigen Begriffe: Antisexistische Awareness beschreibt sie als achtsamen und bewussten Umgang mit Betroffen*en- von sexualisierter Gewalt und sexistischer Diskriminierung. Im Anschluss erklärt sie, was sie unter Gewalt und Diskriminierug versteht. Weiterhin geht sie auf die Bezeichnungen cis, trans und inter sowie Able-ism und Schwarze Personen ein. Es folgt ein kurzer historischer Abriss über die Entstehung von Awareness.

Die folgenden Kapitel drehen sich um die praktische Arbeit: Welche Aufgaben und Formen der Awareness gibt es? Was bedeutet es, auf Parties, Festivals, Konferenzen oder Polit-Camps eine Awareness-Struktur anzubieten? Was sollten Menschen beachten, die Betroffen*e von sexualisierter Gewalt unterstützen wollen? Welche Probleme können auftreten und wie kann mensch mit diesen umgehen?

Auch wenn das Buch einen Fokus auf antisexistische Awareness legt, werden immer wieder Brücken zu anderen Formen von Diskriminierung geschlagen, z.B. Rassismus. Die wichtigste Botschaft des Buches lautet: Die Bedürfnisse der Betroffen_en sollten immer im Mittelpunkt stehen – und diese können ganz unterschiedlich sein. Trotzdem werden auch die Möglichkeiten transformativerArbeit ausgelotet: Wie können gewaltausübende oder diskriminierende Personen ihr Verhalten reflektieren und im besten Fall verändern?

Theoretisches Hintergrundwissen folgt im zweiten Teil des Buches. Ein Kapitel widmet sich dem Thema Intersektionalität, also dem Zusammenwirken von verschiedenen Diskriminierungsverhältnissen. Die für die Awareness-Arbeit grundlegenden Konzepte Definitionsmacht und Parteilichkeit werden ausführlich dargestellt. Zuletzt geht Wiesental auf Traumata und Trigger ein.

Das Buch gibt einen guten Einblick in die Möglichkeiten und Grenzen der Awareness-Arbeit. Besonders Gruppen, die bei Veranstaltungen oder innerhalb von Projekten Awareness anbieten wollen, finden hier nützliche Hinweise zur Vorbereitung. Für wen Awareness bislang ein großes Fragezeichen war, kann das Buch nutzen, um dieses auszuräumen – wenn er oder sie sich einlässt.

Einige Redundanzen im Buch hätten vermieden werden können. Außerdem ist zu berücksichtigen, wie begrenzt das Wirkungsfeld der Awareness im Moment noch ist. Je nachdem, in welchem Umfeld die Leser*innen aktiv sind, wirken manche Tipps eher unrealistisch. Andererseits ist genau das ein guter Grund, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

Regine Beyß

Ann Wiesental: Antisexistische Awareness - ein Handbuch. Unrast-Verlag, Münster 2017. 163 Seiten, 12,80 Euro

DER TRAUM VOM ALTERNATIVEN LEBEN

Ab 1900 existierte an einem Hang oberhalb des Lago Maggiore in der italienischen Schweiz ein besonderer Ort: der Monte Verità. Er wird für zehn, oder gar mehr Jahre zu einem Projektionsort der europäischen Intelligenz: DadaistInnen, SchriftstellerInnen, AnarchistInnen, Reiche und Bohèmes, Barfußjunge und andere (selbsternannte) AussteigerInnen, aber auch bekannte KünstlerInnen halten sich dort zeitweise oder länger auf.

Angetrieben von dem Wunsch ihr eigenes Leben zu verändern, hatten 1900 sechs Aussteiger vom Erbe eines ihrer Mitglieder die Fläche gekauft und in Betrieb genommen. Sie boten eine Art Kur unter den Prämissen von Licht, Sonne, Luft und Vegetarismus an. Der gesinnungsethische Überschuss führte schnell zu gruppendynamischen Prozessen, es gab interne Verwerfungen und Streit, Verletzungen und Trennungen blieben nicht aus. Der Berg kommerzialisiert sich, und nach dem Weggang der letzten Gründerpersonen 1920 kauft 1925 der Millionär und Kunstsammler Eduard von der Heydt das Gelände und kommerzialisierte den Berg. Er ließ ein Hotel bauen und betrieb eine, so Bollmann, wertsteigernde, strategische Immobilienentwicklung. Seit er 1964 verstorben ist, gehört das Gelände dem Kanton Tessin. Da viele SchriftstellerInnen wie etwa Hermann Hesse, Marianne Werefkin oder Erich Mühsam auf dem Monte Verità lebten oder ihre Sommer dort verbrachten, gibt es relativ viele Quellen über das Geschehen.

Der Züricher Arzt und libertäre Sozialist Fritz Brupbacher (1874-1945) hingegen nannte den Monte Verità die »Hauptstadt der psychopathischen Internationale«, Erich Mühsam verspottete ihn 1905 wegen des in seinen Augen unpolitischen und lustfeindlichen Vegetarismus als »Salatorium«. Bollmann dekonstruiert eindrucksvoll den Mythos vom Monte Verità als reale Utopie. Er schildert, und das ist neu, auch die manischen bis psychotischen Züge vieler Beteiligter, und kritisiert die frauenverachtenden Handlungen und Denkweisen vieler Männer scharf.

Er stellt viele handelnde Personen und Gäste (wie etwa Otto Gross) genauer vor, und bettet die Entwicklung am »Zauberberg der Alternativkultur« gut in gesellschaftliche Zusammenhänge ein. Er fragt zum Beispiel was der Fleischkonsum mit dem Patriarchat und die seinerzeit beginnende Industrialisierung der Agrarwirtschaft mit dem Wunsch nach einem »einfacheren« Leben zu tun hat? In seinem Buch greift er Fragen nach dem Verhältnis von Avantgarde und Esoterik (enger als oftmals gedacht) und zur Spannung zwischen »Flucht« und »Ankommen« auf. Er widmet sich dem Widerspruch zwischen Individualität und Gemeinschaftswunsch, und nicht zuletzt den Mühen Alltag und Utopie zu vereinbaren. Fragen einer solidarischen Ökonomie und von Mikro- und Körperpolitik also, die auch heute noch aktuell sind und damals in einem Laboratorium für neue Lebensstile ausprobiert und diskutiert wurden

Bernd Hüttner

Stefan Bollmann: Monte Verità. 1900. Der Traum vom alternativen Leben beginnt; Deutsche Verlagsanstalt, München 2017, geb., 316 Seiten, 20,00 Euro

Kollabierende Systeme verstehen

In seinem Bericht an den wachstumskritischen »Club of Rome« nimmt sich der italienische Autor und Chemiker Ugo Bardi nicht wenig vor: Er will erklären, »warum Systeme kollabieren und wie wir damit umgehen können« und fragt sich dabei, wie die Menschheit die Auswirkungen der selbst verursachten, ökologischen Krisen abschwächen und bewältigen könne.

Die Versprechungen, die das Buch dem neugierigen Leser macht, sind also durchaus hoch gesteckt: Der Autor, der als Professor an der Universität Florenz tätig ist, behauptet im Klappentext, dass »die Zerstörung gesellschaftlicher und natürlicher Systeme anderen Regeln gehorcht als deren Aufbau«. Außerdem sei er »dem Kollaps auf der Spur sowie den Gesetzen, die dahinter stecken« und wisse, wie »ein guter Umgang mit dem unvermeidbaren Ende aussehen« könne. Bardi nennt sein untersuchtes Phänomen, dass Systeme unerwartet und schneller kollabieren als sie aufgebaut wurden, den »Seneca-Effekt« gemäß dem gleichnamigen römischen Gelehrten.

Dem geneigten Leser werden also von einem Wissenschaftler Regeln und Gesetze angekündigt, um die aus den Fugen geratene Welt vielleicht etwas besser verstehen zu können. Jedoch – der Autor löst die Versprechungen kaum ein: Bereits im ersten Abschnitt, der den Zusammenbruch des römischen Imperiums thematisiert, tauchen die Worte »möglicherweise« und »vielleicht« etwas zu häufig auf. Auch die vielen unterschiedlichen Systembeispiele im zweiten, umfangreicheren Abschnitt des Buches liefern keine nachvollziehbaren oder wieder auftauchenden Gesetzmäßigkeiten. Beispielsweise beschreibt Bardi das Phänomen einer sich plötzlich lösenden Steinlawine als nicht genau vorhersehbares Ereignis, präsentiert dazu jedoch keine vertiefenden Erkenntnisse oder verallgemeinerbare Fakten, die einen Kollaps verursachen. Allerdings gelingt es Bardi durchaus, mit abwechslungsreich sortierten Beispielen wie dem platzenden Luftballon oder der Hungersnot in Irland den Blick für unterschiedliche Systemtypen zu schärfen.

Im dritten und zusammenführenden Teil geht der Autor der Frage nach, wie Zusammenbrüche verhindert werden könnten oder wie man einen Kollaps möglicherweise nutzen kann. Hier wird deutlicher, dass es Bardi – entgegen seinen anfänglichen Versprechungen – nicht um wissenschaftlich genaue Regeln geht. Vielmehr will er Verständnis schaffen für das »Forschungsfeld der Systemdynamik«, die das Funktionieren von nicht-linearen und komplexen Systemen bezeichnet. Schade ist, dass dieser gesellschaftlich und politisch deutlich interessantere Abschnitt etwas kurz ausgefallen ist. Eine Fortführung der teilweise witzig zusammengestellten Beispiele aus dem zweiten Abschnitt hätte dem Buch sicher gut getan.

Peter Streiff

Ugo Bardi: Der Seneca-Effekt - Warum Systeme kollabieren und wie wir damit umgehen können. Bericht Nr. 42 an den Club of Rome. Oekom Verlag, München 2017, 320 Seiten, 25,00 Euro

Should I stay or should I go?

Fast 30 Jahre liegen zwischen den beiden Geschichten, die in diesem Buch parallel erzählt werden. 1986 lernt der junge Krankenpfleger Emilio den Hausbesetzer Matthias kennen. Gemeinsam leben, lieben und leiden sie in einem besetzten Haus in Stuttgart. 2015 erbt Isa dieses Haus von ihrem verstorbenen Vater, den sie nie kennengelernt hat. Dort stößt sie auf den Musikfreak Rotze, der den ehemaligen Schallplattenladen inzwischen als Behausung nutzt.

Wohl gestreute Hinweise lassen die Leser*innen erahnen, wie die beiden Geschichten zusammenhängen. Bis zum Ende schafft es die Autorin Lena Hofhansl, die Spannung zu halten und ihre Charaktere immer wieder vor neue Herausforderungen zu stellen. Es geht um Liebe und Liebeskummer, Freundschaft, Musik und das Älterwerden. Die Hauptfiguren sind sympathisch, bleiben aber ein wenig oberflächlich. Genauso wie die Einbettung in den historischen und politischen Kontext. Anspielungen auf Songs, Literatur und Ereignisse der linken Szene lassen nur punktuell aufhorchen und wecken die ein oder andere Erinnerung.

Die junge Autorin wurde 1993 geboren und hat die Hausbesetzer*innenszene in den 1980er Jahren nicht selbst miterlebt. Das wird leider an einigen Stellen sehr deutlich. So musste ich bei einigen Beschreibungen kräftig schlucken, weil sie von Klischees nur so strotzen – vor allem im Hinblick auf Geschlechterrollen, wenn zum Beispiel das hübsche Mädchen Gemüse auf dem Balkon anbaut, während der Typ Graffitis sprüht und dafür angehimmelt wird. Das komplizierte Thema Polyamorie wird ebenfalls ziemlich verkürzt aufgegriffen: »Ich glaube nicht daran, dass sich Liebe halbiert, wenn man sie teilt.« Dieser Glaube daran reicht aber ganz offensichtlich nicht aus.

Über diese Stellen hinwegsehend habe ich das Buch gerne zu Ende gelesen, weil ich wissen wollte, wie es weitergeht. Die Idee und die Umsetzung des Buches können sich durchaus sehen lassen. Inhaltlich dürfen die Leser*innen nicht allzu genau hinsehen, sondern sollten sich stattdessen einfach von den beiden Geschichten treiben lassen. Dann können sie mit dem Buch sicher ihren Spaß haben.

Offen bleibt für mich, an wen dieses Buch sich eigentlich richtet. Anspruchsvoll und politisch ist es nicht. So spielt der Mangel an günstigem Wohnraum und unkommerziellen Räumen in 2015 überhaupt keine Rolle, so als wären die Probleme aus den 80ern inzwischen gelöst. Das Bild, das von der Besetzung gezeichnet wird, ist vor allem unter heutigen Bedingungen sehr stark vereinfacht. Vielleicht ging es der Autorin einfach mehr um die persönlichen Geschichten. Welche Fragen stellen sich junge Menschen, wenn der »Ernst des Lebens« beginnen soll? Welche Antworten finden sie darauf? Und welche Konsequenzen haben ihre Entscheidungen – auch 30 Jahre später?

Regine Beyß

Lena Hofhansl: B14 revisited. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2017, 195 Seiten, 12,80 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

GENOSSENSCHAFT

Zukunftsmodell (Sozial-) Genossenschaften: Organisationsmodell der Sozialwirtschaft?!
07. Februar 2018 (Stuttgart)

Kongress zum Thema Sozialgenossenschaften. Hintergrund ist der wachsende Bedarf an Partizipation und politischer Mitgestaltung. Bürger*innen entdecken seit längerem die Organisationsform der Genossenschaft auch für originär zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Sozialgenossenschaften können als Dach dienen, unter dem sich Bürgerschaft, Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Vereine zusammenfinden, um ihre Anliegen in wirtschaftlich ausgerichteter Selbsthilfe gemeinschaftlich zu gestalten. Der Kongress richtet sich an die Wohnungswirtschaft, die Sozialwirtschaft sowie Kommunalpolitik und -verwaltung.
Ort: GENO-Haus, Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Info: www.sozialgenossenschaften.de.

VORTRÄGE

Anarchismus zur Einführung
21. Februar 2018 (Berlin)

» Immer geschmäht, verflucht - verstanden nie // Bist du das Schreckbild dieser Zeit geworden... « klagte der Schriftsteller John Henry Mackay in seinem Gedicht Anarchie bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert. Über 100 Jahre später sehen sich Anarchist*innen immer noch mit den klassischen Klischees, dass sie weltfremde Spinner*innen, ruchlose Gewalttäter*innen oder einfach nur Chaot*innen sind, konfrontiert. Referent: Dr. phil. Maurice Schuhmann
Ort: Kirche von Unten (KvU), Storkower Straße 119, 10407 Berlin
Info: http://www.kvu-berlin.de

Kriegsmacht Deutschland?
21. Februar 2018 (Baden Baden)

Seit einigen Jahren zeichnet sich in Europa eine aggressive Militarisierung im Rahmen einer zunehmenden Kriegsvorbereitung ab. Aufgeschreckt durch den Politik-Wechsel der USA fordern mächtige Politikberater aus Konzernen und Medien von der deutschen Regierung, Deutschland solle nun, anstelle der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, die Rolle einer militärischen Ordnungs- und Führungsmacht in Europa ausüben. Henrik Paulitz von der »Akademie Bergstraße« analysiert in seinem Vortrag, nicht nur als fachlich fundierter und kritischer Journalist, die aktuelle Situation, sondern begibt sich zusammen mit dem Publikum auf die Suche nach alternativen Wegen der Konfliktbewältigung und nach neuen Lösungsansätzen zur Bewahrung des Friedens
Ort: Akademie Bergstraße, Baden Baden
Info: http://attac-netzwerk.de

ELEVATE FESTIVAL

Risiko und Courage
28. Februar - 4. März 2018 (Graz)

2018 steht das Elevate Festival ganz im Zeichen zweier Grundbegriffe der Moderne - Risiko und Courage. Es geht um Menschen, die für ihre politischen Anliegen hohe Risiken in Kauf nehmen: Journalist*innen, indigene Gruppierungen, Whistleblower*innen, Aktivist*innen. Wie gehen sie mit dem Risiko um? Wie schützen sie sich vor Verfolgung? Und wo stoßen wir an die Grenzen außerparlamentarischen Protests?
Ort: Forum Stadtpark, Stadtpark 1, 8010 Graz
Info: https://www.festicket.com/de/festivals/elevate-festival/2018

SOLIWIRTSCHAFTEN

Lehrgang in 4 Modulen
April - November 2018 (Wien - Friesach - Bozen - Wien)

Ihr habt eine Idee und überlegt die Gründung einer solidar-ökonomischen Initiative?
Es gibt schon einen Betrieb und es besteht Veränderungsbedarf?
Sie suchen eine Alternative zum Ein-Personen-Unternehmen?
Der Lehrgang richtet sich an Personen und Gruppen, die alternativ wirtschaften möchten. Er bietet Anregungen und Werkzeuge für den Aufbau und die Veränderung von solidar-ökonomischen Betrieben und Initiativen. Der Lehrgang startet am 26. April 2018.
Info: http://www.ksoe.at/gp/images/ksoe_solidarisch_wirtschaften_2018.pdf

REFORM ODER REVOLUTION

Karl Marx und Friedrich Wilhelm Raiffeisen im Disput
14. April 2018 (Frankfurt/Main))

Ökonomien und Politik ihre Plätze? Was haben Raiffeisen und Marx uns heute in der multiplen Zivilisationskrise zu sagen? Bieten Sie Ideen und Vorschläge jenseits der herrschenden neoliberalen Denke und Praxis? Beide haben die Gesellschaft demokratisch strukturieren wollen und fundamentale Transformationsprozesse angestoßen. Doch haben sie unterschiedliche politische Wege beschritten. Lassen Sie uns mit Marx und Raiffeisen über wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen reden!
Ort: Haus am Dom, Domplatz 3, 60311 Frankfurt am Main
Info: www.hausamdom-frankfurt.de

KONFERENZ

» Wohnen für alle «
23. - 24. Februar 2018 (Bochum)

Ansätze für eine sozialere Mieten- und Wohnungspolitik: 3. Konferenz des bundesweiten Netzwerks Mieten & Wohnen findet erstmals im Ruhrgebiet statt - einer Region mit bisher eher moderaten Mieten. Wohnungspolitische Probleme betreffen mehr Instandhaltungsstau wie jüngst in der Hochhaussiedlung Hannibal 2. Doch auch in Teilen des Ruhrgebiets wird der Wohnraum knapp.
Das Ziel des Netzwerks nach Lösungen für bezahlbaren und würdigen Wohnraum zu suchen, bleibt zentrales Thema. Denn, obwohl viele neue Ansätze wie die Neue Wohnungsgemeinnützigkeit und Ideen des verbesserten Mieterschutzes vorliegen, hat die Politik bisher kaum reagiert. Bei der Bundestagswahl waren Wohnungsfragen nur ein Randthema. Umso wichtiger ist eine Plattform für die öffentliche wohnungs- und mietenpolitische Diskussionen.
Die Konferenz als zentrale jährliche Veranstaltung des Netzwerks Mieten & Wohnen versteht sich als Ort des Austausches über grundsätzliche Alternativen in der Miet- und Wohnungspolitik im Sinne lebenswerten und bezahlbaren Wohnens, die über die tagespolitischen Diskussionen hinausgehen. Die Konferenz soll zudem ein Ort der Vernetzung wohnungspolitischer aktiver Akteure und Institutionen sein.
Ort: Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 106, 44894 Bochum
Info: www.netzwerk-mieten-wohnen.def

KLEINANZEIGEN

URLAUB IN SPANIEN

Bio-Natur Urlaub LA MOLINA: Andalusien – Spanien - Ferienhäuser, Caravans, Camping.

Tel: 0034660167981.
Web: www.lamolina.tk

GÖTTINGER MEDIENBÜRO

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Cover und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.

Anfragen an:
contact@artinweb.de,
www.artinweb.de

GESCHICHTE(N) BEWAHREN — EIN GENERATIONEN VERBINDENDES PROJEKT

Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.

www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail:
arianedettloff@ina-koeln. org
Tel.: (02 21) 31 57 83 s

Kleinanzeigen

Die Mindestgröße von 5 Zeilen kostet 21 Euro (gewerblich) und 5 Euro (privat).
Jede weitere Zeile kostet 2,60 Euro (gewerblich) und 1 Euro (privat).
(Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation
Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel

info@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 RedakteurInnen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional-und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Ulrike Kumpe

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/17

REDAKTIONEN

BERLIN:
Christoph Chang
✉christoph.chang@riseup.net
Ulrike Kumpe
✉ulrike.kumpe@contraste.org
Contraste-Redaktion Berlin
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin
BREMEN:
Bernd Hüttner
✉bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
✉johannes.dietrich@contraste.org
GÖTTINGEN:
Kai Böhne
✉kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎(0 40) 39 90 41 96
✉hilmarkunath@web.de
KASSEL:
Sabine Conti
✉info@sconti-projektberatung.de
Regine Beyß
✉regine.beyss@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎(01 70) 58 38 900
✉heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎(02 21) 31 57 83
✉ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ulifrank@unverdient.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎(0 71 44) 33 22 56
✉peter.streiff@netz-bund.de

ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎0043-699 11 28 65 57
✉brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser
✉hans.wieser@contraste.org /

SPANIEN:
MADRID:
Eva Sempere
✉layout@contraste.org

FACHREDAKTIONEN

GENOSSENSCHAFTEN:
Burghard Flieger
☎(07 61) 70 90 23
✉genossenschaften@t-online.de

KOMMUNEN/GEMEINSCHAFTEN:
Regine Beyß
✉gemeinschaften@contraste.org

KLIMA/DEGROWTH
✉klima@contraste.org

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die AutorIn die Verantwortung. Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bleiben bei den AutorInnen.

HERSTELLUNG
CONTRASTE e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Bildredaktion:
Ulrike Kumpe und Eva Sempere
Layout:
Eva Sempere
Druck:
Freiburger Druck Gmbh und Co KG

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉webmaster@contraste.org

KONTAKT
Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Anzeigen: anzeigen@contraste.org
Layout: layout@contraste.org

facebook:
www.facebook.com/contrastemonatszeitung
twitter: contraste_org
Mailingliste: http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste

ANZEIGEN

Geschäftsführer*in gesucht

puk minicar
Personenbeförderung und Kurierdienst GmbH
0551 48 48 48

Die puk minicar GmbH ist seit 1985 als Alternative zum Taxi in Göttingen in der gewerblichen Personenbeförderung tätig und über einen Verein im Besitz der jeweils aktuellen Belegschaft. Zum 31.03.2018 oder früher suchen wir im Rahmen einer Nachfolgeregelung eine*n GmbH-Geschäftsführer*in.
Du bist interessiert und bringst idealerweise Folgendes mit:
- selbstständige und strukturierte Arbeitsweise
- betriebswirtschaftliches Know-How
- juristische Kenntnisse im Arbeits- und Vertragsrecht
- gute Computerkenntnisse
- Führerschein Kl. B und die Voraussetzungen für einen P-Schein
- und nicht zuletzt die Fähigkeit, ein gemischtes Team zu moderieren

dann bewirb dich bei uns.
Nach unserem Selbstverständnis stellen wir das Soziale und das Miteinander in den Vordergrund. Lösungen für die immer wieder auftretenden Probleme des geschäftlichen Alltags und Verbesserungen der betrieblichen Abläufe suchen wir gemeinschaftlich. Eine der wichtigsten Aufgaben wird künftig die Verbesserung der Strukturen insbesondere in der Selbstverwaltung sein.
Wir bieten eine Vollzeitstelle (38 h/Wo) in einer von Enthusiast*innen gegründeten Firma mit ca. 90 hpts. fest angestellten Mitarbeiter*innen.
Das Gehalt richtet sich nach der betriebsüblichen Höhe für eine Verwaltungskraft und beträgt derzeit 2313,- € brutto.
Bewerbungen gerne per E-Mail an job@puk-minicar.de.
Voraussetzung für die Tätigkeit ist der Fachkundenachweis nach § 4 PBZugV (kann nachträglich erbracht werden).

Der »Islamische Staat«

2012 und 2013 dauerte es nur wenige Monate, bis der „Islamische Staat" ein Gebiet der Größe Großbritanniens erreichte. 2014 wurde Mossul erobert. Der IS rief den eigenen Anführer zum „Kalifen" aus und begann den Völkermord an den Jesiden.
Heute wissen wird: Es war der Diktator Bashar al-Assad (Syrien) und die geschlagenen Soldaten von Saddam Hussein (Irak), die den IS aufbauten.
Seit 2015, seit dem Sieg der KurdInnen in Kobane, wird der IS Schritt für Schritt militärisch zurückgedrängt. Auch im Irak sind es vor allem kurdische Truppen, die ihm zusetzen. Aber bekämpft wird er ausschließlich militärisch. Alle Bedingungen, die in Syrien und Irak zu seinem Aufstieg führten, bleiben unangetastet.

Reinhard Pohl: **Der »Islamische Staat« Entstehung und konzeptlose Bekämpfung**
2017, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: **www.brd-dritte-welt.de**

Jetzt im Onlineshop von *junge Welt*

Zweite Auflage jetzt erhältlich!

Kritische Neuausgabe

Wladimir Iljitsch Lenin: »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus«

Mit Essays von Dietmar Dath und Christoph Türcke, herausgegeben von wWladislaw Hedeler und Volker Külow

Verlag 8. Mai GmbH, Berlin 2016, 420 Seiten, zahlr. Illustrationen, geb., Fadenheftung, 24,90 €

Erhältlich unter www.jungewelt-shop.de
info@jungewelt-shop.de · Tel.: 0 30/53 63 55 -37

verlag 8.mai GMBH